

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 20. Dezember 1954

Blatt 2290

Die öffentliche Beleuchtung

=====

20. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" im Sender Rot-Weiß-Rot sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 19. Dezember, über die öffentliche Beleuchtung. Nach einem historischen Rückblick über die Entwicklung der Straßenbeleuchtung in Wien und in den europäischen Großstädten beschäftigte er sich mit dem gegenwärtigen Stand der öffentlichen Beleuchtung in unserer Stadt.

Um die Wende des 20. Jahrhunderts wurden Versuche mit elektrischen Bogenlampen und später auch mit Glühlampen gemacht, doch war die elektrische Straßenbeleuchtung bis zum Beginn des ersten Weltkrieges eine seltene Ausnahme. Im Jahre 1913 hatte die Gasbeleuchtung mit nahezu 50.000 Laternen ihren Höhepunkt erreicht. Der Typus des weißbemantelten Laternanzünders mit der langen Bambusstange war eine bekannte Figur des Wiener Stadtbildes.

Der erste Weltkrieg mit seine Kohlennot hat die Straßenbeleuchtung auch noch einige Jahre nach seinem Ende sehr stark eingeschränkt. Erst in den Jahren 1923 und 1924 konnte die neue Gemeindeverwaltung mit einer großzügigen Elektrifizierung anfangen. Zu Beginn des zweiten Weltkrieges war die Elektrifizierungsaktion so weit gediehen, daß die Gaslaternen auf ungefähr 12.000 zurückgedrängt und die Zahl der elektrischen Lichtstellen auf nahezu 42.000 gestiegen war.

Der zweite Weltkrieg hat uns Großstädter um Jahrhunderte zurückgeworfen. Unsere Straßen und Plätze wurden wie in einem mittelalterlichen Dorf wieder nur vom Mond und von den Sternen beleuchtet

./.

Die Kampfhandlungen am Ende des Krieges haben die öffentliche Beleuchtung derart zerstört, daß von April bis Oktober 1945 unsere Stadt vollkommen finster war. Von da an vollzog sich der Wiederaufbau der Straßenbeleuchtung, anfangs zwar unter sehr großen Material- und Bauschwierigkeiten, jedoch von Jahr zu Jahr rascher. Heute sind ungefähr 60.000 Lampen in Betrieb - eine Zahl, die vordem nie erreicht worden war. Davon sind ungefähr 55.000 elektrische Lampen und nur mehr 5.000 Gaslaternen. Wien ist in 16 Schaltgebiete unterteilt. Der Schaltursprung eines jeden Gebietes liegt in einer örtlich günstig gelegenen Unterstation der Elektrizitätswerke. Nach Mitternacht flaut der Straßenverkehr sehr stark ab. Darum wird um 24 Uhr ein Teil der Beleuchtung abgeschaltet - das ist der sogenannte halbnächtige Teil.

Die Straßenbeleuchtung erfordert außerordentlich viel elektrische Energie. Hierzu werden im heurigen Jahr ungefähr 40 Millionen Kilowattstunden notwendig sein. Der Stromverbrauch einer einzigen Nacht würde genügen, um 500 Haushalte ein ganzes Jahr lang mit Strom zu versorgen.

In der öffentlichen Beleuchtung sind viel Gemeindegelder, und zwar annähernd 140 Millionen Schilling, investiert. 12.500 Lichtmaste und 6.000 Kilometer Spann- und Leitungsdraht, das ist fünfmal so lang wie die Entfernung Wien-Paris, mußten installiert werden, um nur die Voraussetzungen für die Beleuchtung zu schaffen. Von den rund 60.000 in Betrieb stehenden Lampen muß jährlich ungefähr die Hälfte ausgetauscht werden. Der Ausbau, die Instandhaltung und der Betrieb der Straßenbeleuchtung erfordern eine jährliche Ausgabe von ungefähr 20 Millionen Schilling. In der Wiener Baudirektion ist die Magistratsabteilung 33 für die öffentliche Beleuchtung verantwortlich. Sie ist mit der Projektierung von Neu- und Umbauten, mit der Vergebung von Arbeiten und mit der Entwicklung neuer Beleuchtungsarten beschäftigt.

Der technische Fortschritt hat vor Jahrzehnten dazu geführt, daß die Petroleumlampe der Gasbeleuchtung weichen mußte. Jetzt erleben wir den Sieg des elektrischen Lichtes über die Gaslampen. Aber schon kündigt sich eine neue, grundlegende Änderung der öffentlichen Beleuchtung an: Leuchtstofflampen, Quecksilberdampflampen und Natriumdampflampen sind die modernsten Leuchtmittel, die immer mehr auch die Straßen erobern.

Ihre Vor- und Nachteile für die Straßenbeleuchtung werden überall in der Welt noch abgewogen. In den letzten Tagen erst ist eine 1/2 km lange Versuchsstrecke mit Natriumdampflicht in der Tolbuchtstraße in Betrieb gesetzt worden. Die Kraftfahrer sind sehr zufrieden damit. Eine steigende Zahl von Kreuzungen wird bereits mit Quecksilberdampflampen zusätzlich erhellt und die Vorplätze des Westbahnhofes erstrahlen im Lichte von Leuchtstofflampen. In dem Maße, als die Industrie geeignete und wohlfeile Beleuchtungskörper für Leuchtstofflampen auf den Markt bringen wird, kann diese Art auch bei uns in größerem Umfang Anwendung finden.

Viele unserer ausländischen Gäste stellen mit Erstaunen fest, daß Wien mit seiner öffentlichen Beleuchtung den anderen europäischen Hauptstädten durchaus ebenbürtig ist. Auch der Vergleich mit amerikanischen Großstädten braucht nicht gescheut zu werden. Der Vorteil unserer Beleuchtung besteht darin, daß nicht nur die repräsentativen Straßen, sondern auch die weniger belebten Neben- und Wohnstraßen gut beleuchtet sind.

Mit dem Ende dieses Jahres sind alle Kriegsschäden an der Straßenbeleuchtung behoben, der Ausbau der öffentlichen Beleuchtung wird aber fortgesetzt! Da ist einmal die große Umschaltaktion der Elektrizitätswerke. Innerhalb dieses Programms müssen Jahr für Jahr an die 2.000 Lichtstellen von Gleich- auf Wechselstrom umgebaut werden. Das ist wegen der Besonderheit der Wiener Beleuchtung eine sehr umfangreiche Arbeit, die vielleicht noch 15 Jahre dauern wird. Dann sind noch große Aufgaben im Zusammenhang mit der Sanierung der Verkehrsverhältnisse zu erfüllen. Die Straßenbeleuchtung muß Zug um Zug der Neugestaltung der Verkehrsflächen angepaßt werden, was ziemlich langwierige und kostspielige Arbeiten erfordert. Auch die zusätzliche Beleuchtung der wichtigeren Straßenkreuzungen mit Quecksilberdampflampen wird noch einige Jahre hindurch fortgesetzt werden müssen.

Ein sehr wichtiger Programmpunkt wird die Ausgestaltung der Beleuchtung an der Peripherie der Stadt sein, zum Beispiel im 23. Bezirk. In den nächsten zehn Jahren wird in diesen Gebieten eine wesentliche Verbesserung geschaffen werden können.

Aus dieser Auswahl ist zu ersehen, daß der Gemeinde Wien auch auf dem Gebiet der Straßenbeleuchtung noch für viele Jahre große Aufgaben gestellt sind. Wir werden sie erfüllen, damit unsere Stadt noch mehr und noch besseres Licht erhält.

Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener RathausDebatte über Wohlfahrtswesen

20. Dezember (RK) In Fortsetzung der am Samstag Abend unterbrochenen Spezialdebatte über das vierte Hauptstück des Voranschlages, das Kapitel Wohlfahrtswesen, ergreift als erster GR.Dr. Helene Stürzer (ÖVP) das Wort. Sie begrüßt die in gemeinsamer Arbeit vollbrachten Leistungen auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens. Gleichzeitig bringt sie eine Reihe von Wünschen vor. Sie urgiert die Eheberatungsstellen und verlangt die Einführung von Ehestandsdarlehen. Für die Eltern, die ihre Kinder aus religiösen Gründen in private Kindergärten geben, verlangt sie bei Bedürftigkeit Erleichterungen, wie sie in den städtischen Kindergärten gewährt werden. Kindergärtnerinnen, die ihre Schulzeit nicht in einer Kindergärtnerinnenschule der Gemeinde Wien absolviert haben, soll deswegen eine Anstellung bei der Gemeinde nicht vorenthalten werden.

Rednerin begrüßt die Einführung von Großfamilien für Pflegekinder und schlägt vor, Pflegeeltern bei Übernahme eines Pflegekindes mit einer Broschüre an die Hand zu gehen und ihnen nach Ablauf der Pflegezeit statt dem bisherigen Vermerk auf dem letzten Postabschnitt: Die Zahlung wird hiemit eingestellt, auch den Dank der Gemeinde auszusprechen. Pflegemütter, die so viele Opfer für diese Kinder bringen, sollte man, wenn sie eine bestimmte Zeit gut und liebevoll für ihr Pflegekind gesorgt haben, in einer besonderen Weise ehren (Beifall bei der ÖVP). Vor allem aber ist eine Erhöhung des derzeitig wirklich zu gering bemessenen Pflegegeldes nötig.

Lehrlinge, die nach Ablegung der Gehilfenprüfung das gut geführte Lehrlingsheim der Gemeinde verlassen, sollten, bis sie ein gutes Privatquartier gefunden haben, in eigenen Heimen untergebracht werden, damit sie gerade in diesem gefährlichen Alter nicht in schlechte Gesellschaft geraten und auf dem rechten Wege bleiben. Die Aktion "Jugend am Werk" sollte wieder in Selbstverwaltung durch ein Kuratorium rückgeführt werden. Jugendlichen, die aus einer Erziehungsanstalt oder gar aus einer Strafanstalt entlassen werden, sollte mehr Sorge gewidmet werden als bisher.

Auf dem Gebiet der allgemeinen Fürsorge verlangt Rednerin eine Neubemessung der Richtsätze in der offenen Fürsorge. Für den Hauptunterstützten schlägt sie als reinen Richtsatz 330 Schilling vor, wozu dann der derzeitige Wirtschaftsbeitrag von 20 Schilling und das Zins- und Kohlengeld kommen sollen, die Sätze für alle übrigen Unterstützten müßten dementsprechend geregelt werden. Der Kohlenzuschuß soll auf 80 Schilling erhöht werden. (Beifall bei der ÖFP.)

Dr. Stürzer begrüßt die Sonderaktionen, wie zum Beispiel die Urlaubsaktion für Befürsorgte, und schlägt vor, daß jene, die aus gesundheitlichen Gründen an der Urlaubsfahrt nicht teilnehmen können, ein Äquivalent dafür bekommen. Bei der Auswahl neuer Gasthöfe und Pensionen soll man auf eine gute klimatische Lage Bedacht nehmen.

Es ist oft schwierig, die alten Menschen aus ihrer gewohnten Umgebung herauszureißen und in die Siedlungen für alte Leute zu bringen. Vielleicht wäre es hier zum Teil leichter und zweckentsprechender, auch in den Gemeindebauten für diese alten Leute vorzusorgen, damit sie in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Der Bestattungsbetrag von 300 Schilling sollte für alle Befürsorgten ausbezahlt werden, auch wenn etwa Freunde, entfernte Verwandte oder Hausparteien eine Spende geben, um das wirklich bescheidene Begräbnis etwas feierlicher zu gestalten.

Zur Lösung des Obdachlosenproblems verlangt die ÖVP, daß bei der Vergebung von Gemeindebauten vor allem auch auf die Familien gesehen werde, die schon ein Jahr und oft länger in Obdachlosenheimen hausen müssen. Das Wohlfahrtsamt sollte daher ein Mitspracherecht bei der Wohnungsvergebung haben. Die Zuschüsse für die Grundsteuer, die seinerzeit an Rentner in Siedlungen und Einfamilienhäusern gezahlt und dann eingestellt wurden, sollten weiter gewährt werden.

Abschließend dankt die Rednerin namens ihrer Fraktion allen, die auch in diesem Jahr wieder dazu beigetragen haben, daß das Los der Ärmsten der Bevölkerung erleichtert werden konnte. Sie dankt den Fürsorgeräten und allen ehrenamtlichen Mitarbeitern, die in unermüdlicher Arbeit, und ohne Mühen und Beschwerden zu scheuen,

./.

von Tür zu Tür gehen und tun, was möglich ist. Sie dankt den Pflege-müttern, die Pflegekinder der Gemeinde Wien in ihrer Obhut haben und diesen armen Wesen an Familie geben, was ihnen gegeben werden kann. Sie dankt den Beamten in den Fürsorgeämtern und im Wohlfahrts-wesen und schließlich auch der Bevölkerung, daß sie durch ihre frei-willigen Spenden viel dazu beigetragen hat, das Los der Armen unse-erer Stadt zu erleichtern. Die Österreichische Volkspartei stimmt den Ansätzen dieses Kapitels zu. (Beifall bei der ÖVP.)

Gemeinderätin Frieda Nödl (SPÖ) erklärt, anlässlich dieses Jubiläumsbudgets sei es notwendig, darüber Rechenschaft zu geben, inwieweit es der Gemeinde Wien seit 1945 gelungen ist, aus den ver-blichenen Trümmern wieder das aufzurichten, was unserer Stadt so wie einst den Ruf einer Stadt mit sozialem Gewissen gesichert hat. 1945 waren nicht nur Wohnungen, Amtshäuser und Schulen, es war vor allem das Vertrauen der Menschen zerstört. Die Aufgabe des Wohl-fahrtswesens ging daher vor allem dahin, den Glauben an die Mensch-lichkeit wieder zu erwecken. Von 1.000 neugeborenen Kindern sind im Jahre 1946 77 im ersten Lebensjahr gestorben. Heute haben wir die Säuglingssterblichkeit auf 41 von 1.000 Kindern gebracht. Von den 35 Mutterberatungsstellen des Jahres 1933 war 1945 fast keine ge-brauchsfähig. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß wir nun 59 Mutterberatungsstellen in unserer Stadt haben. Auch von den 263 Kindergartenabteilungen des Jahres 1934 war 1945 nicht viel mehr vorhanden. Heute verfügen wir in dem verkleinerten Wien wieder über 276 Kindergartenabteilungen. In den Kindergärten und Horten ist Platz für 14.431 Kinder vorhanden. Hier ist vor allem den mutigen und opferbereiten Wiener Kindergärtnerinnen der herzlichste Dank auszusprechen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Wir begrüßen es, daß auch im kommenden Jahr wieder 14 neue Kindergärten den Kindern der erbei-tenden Mütter zur Verfügung gestellt werden.

Unsere Stadt ist seit 1945 darangegangen, ganz neue Typen von Kindergärten mitten in unsere Gartenanlagen hineinzubauen. Dabei hat Wien eine einzigartige Einrichtung geschaffen, die weit über die Grenzen Österreichs und auch Europas hinaus anerkannt wird: den Sonderkindergarten für die körperbehinderten Kinder. In dieser In-stitution kommt so richtig die Einstellung zum Menschen zum Aus-druck. Vor 10 Jahren noch mußten Mütter, die das Unglück hatten,

.1/1

ein körperlich oder geistig nicht gesundes Kind zur Welt zu bringen, ihr Kind vor den Häschern des Dritten Reiches verbergen, weil diese solche Kinder einfach "liquidiert" haben. Gerade in der Einrichtung des Sonderkindergartens kann man die Menschlichkeit erkennen, die die Demokratie in der Verwaltung wieder eingeführt hat. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Wir Sozialisten haben den Wählern versprochen, daß wir dafür Sorge tragen wollen, mehr Halbtags-Schulinternate zu schaffen, um den berufstätigen Müttern auch die Sorge für die schulpflichtigen Kinder zu erleichtern. Wir begrüßen es daher, daß wir schon derzeit vier Tagesheimschulen in Wien haben, wir hoffen aber, daß noch in diesem Jahr die Möglichkeit bestehen wird, den Wunsch der Mütter nach weiteren Tagesheimschulen zu erfüllen. Wir freuen uns darüber, daß in Wien Stipendien nicht nur an Mittel- und Hoch-Schüler, sondern auch an Lehrlinge gegeben werden können. Diese Lehrlingsstipendien ebnen den Kindern der Ärmsten unserer Bevölkerung den Weg zum sozialen Aufstieg.

Der Generalsprecher der ÖVP zum Budget, GR. Dr. Prutscher, hat gemeint, daß seit vielen Jahrzehnten im Rathaus eine familienfeindliche Politik getrieben wurde. Demgegenüber müsse festgestellt werden: in diesem Hause wurde erst seit jener Zeit, in der die Sozialdemokraten die Verwaltung übernommen haben, überhaupt für die Familie gesorgt! (Beifall bei den Sozialisten.) Es ist das unbestrittene Verdienst der Arbeiterschaft, daß das soziale Gewissen geweckt wurde. Heute werden etwa 30 Prozent des Budgets für Wohlfahrt und Gesundheit ausgegeben, in der "guten alten Zeit" von 1908 hatte man nur 10 Prozent für das Armenwesen und Sanitätswesen übrig; darin waren überdies noch die Beträge enthalten, die man den "Armenkindern" für Lehr- und Lernmittel gegeben hat. Dieses von uns erweckte soziale Gewissen äußert sich aber vor allem in dem Geist, in dem heute das Wohlfahrtswesen betrieben wird.

Viele von uns erinnern sich noch an die vielen rachitischen Kinder in allen Straßen der Stadt, als 1913 die Säuglingssterblichkeit nicht wie heute 4, sondern 19.3 Prozent betragen hat. Damals bekämpfte man unsere Bestrebungen unter dem Schlagwort der "Fürsorgeinfaltion". Erst die Sozialdemokraten sind dargegangen, Einrichtungen zu schaffen die vor allem den Müttern und

den Kindern zugute gekommen sind. Sie haben daher die Familienpolitik erstmalig in die Tat umgesetzt. Als 1947 die Gemeinde beschloß, wieder an alle Mütter die Säuglingswäschepakete auszugeben, wurde im Gemeinderat von der ÖVP-Abgeordneten Hiltl das häßliche Wort von den "Geschenkeexzessen" geprägt. 90 Prozent aller Wiener Mütter beziehen diese Säuglingswäsche, die ihnen in den ersten Wochen eine große Sorge abnimmt. Das Beispiel Wiens wird nicht nur in den sozialistisch verwalteten Industriestädten, sondern bereits in vielen kleinen Gemeinden Österreichs vom Burgenland bis nach Vorarlberg nachgeahmt (Beifall bei der SPÖ).

Wir glauben, daß Wien nur dann Anspruch erheben kann, eine Weltstadt zu sein, wenn wir auch beispielgebend mit unseren Wohlfahrtseinrichtungen sind. GR.Dr. Prutscher hatte sich die Mahnung ersparen können, daß die Fürsorge so menschlich wie möglich gestaltet werden müsse. Uns Sozialisten ist die Fürsorge eine Herzensangelegenheit und eine tiefe sittliche Verpflichtung. Wir haben das bewiesen, als Prof. Tandler die modernen Wohlfahrtseinrichtungen ins Leben gerufen hat, wir haben es bewiesen, als 1945 Stadtrat Primarius Freund darangegangen ist, all das aufzubauen, was andere, niemals aber die Sozialisten zerschlagen haben. Und wir beweisen es nun, da unser Vizebürgermeister Honay nicht nur für Mutter und Kind sorgt, nicht nur die Jugendwohlfahrt menschlich betreut, sondern diese Menschlichkeit auch für die Erwachsenenfürsorge weit über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus für das Wohlfahrtswesen gebracht hat (Beifall bei der SPÖ). Wir danken ihm dafür, daß er die heutigen Wohlfahrtseinrichtungen in dieser Stadt geschaffen und damit die alte Sehnsucht erfüllt hat, "daß unsere Greise nicht mehr betteln gehen". (Erneuter Beifall.)

Noch lebt die Generation, die den himmelweiten Unterschied von einst und jetzt kennt. Sie erinnert sich daran, wie demütigend es war, als die hungrigen Schulkinder vom Lehrer eine Speisemarke erbitten mußten, als unsere Alten nach einem Leben der Arbeit als Dank der Gemeinde den Bettlerbrief bekamen, der sie berechtigte, um Almosen zu bitten.

Damals gab es eine lange Schlange von zerlumpte Armen, die vor den Klöstern angestellt waren, um mit der Klostersuppe den Hunger zu stillen. Kultur erfaßt nicht nur Kunst und Musik, Kultur sind nicht nur die Prachtbauten, die unsere Stadt so schön gemacht haben, denn es mag viele musische Menschen geben, die deshalb noch keine Kulturmenschen sein müssen, wenn ihnen die Kultur des Herzens fehlt. Diese Kultur des Herzens in diese Stadt gebracht zu haben, ist das Verdienst der Sozialisten! (Beifall bei der SPÖ.)

Daß die Fürsorge nun menschlich gestaltet ist, dafür haben die Sozialisten gesorgt und dafür werden sie auch weiter sorgen. Die ehrenamtlichen Fürsorgeräte sind die Gewähr dafür, daß Hilfesuchende menschlich behandelt werden. Die Rednerin dankte diesen Männern und Frauen die die Menschlichkeit bis in die kleinen Wohnungen der Befürsorgten tragen, im Namen ihrer Fraktion. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend erklärte GR. Nödl, daß die Sozialisten alles daran setzen werden, um auch in Zukunft ihren Weg unbeirrt weiterzugehen. Sie wollen dafür sorgen, daß die Armut aus unserer Stadt verbannt wird. Unsere schöne, geliebte Stadt soll nicht nur äußerlich glanzvoll sein. Wien hat nur dann das Recht darauf, von sich als Weltstadt zu sprechen, wenn auch in Zukunft dafür Sorge getragen wird, daß niemals mehr das soziale Gewissen dieser Stadt einschlummern kann.

Im Namen ihrer Fraktion stimmte die Rednerin den Ansätzen der Geschäftsgruppe IV zu. Wir wissen, sagte sie, daß wir diesen Teil der Verwaltung so weit wie möglich ausbauen müssen, weil wir in keinem anderen Zweig unserer Verwaltung so sehr die Möglichkeit haben, unser Versprechen an die Wähler in die Tat zu setzen: "Den Schwachen zu helfen und dem Volke zu dienen!" (Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort beschäftigt sich Vizebürgermeister Honay mit den Ausführungen der Debatteredner, zunächst mit der Rede des GR. Lauscher. Daß sich die Herstellung der Kindergärten manchmal verzögert, ist damit zu erklären, daß ein Großteil der städtischen Kindergärten in städtischen Wohnbauten errichtet wird. Bei größeren Bauvorhaben ergeben sich jedoch manchmal Verzögerungen.

Was die Horte anbelangt, so beabsichtigt man, einen Teil der überflüssig werdenden Schulen für Hortzwecke zu verwenden.

Zur Zersplitterung der Fürsorge, meinte der Referent, es sei selbstverständlich, daß die Kinderfreibäder von der Bäderverwaltung betreut werden müssen. Die Freibäder können ja von allen Kindern besucht werden. Die Spielplätze wiederum sind im wesentlichen sportliche Anlagen, und die Jugendfürsorgeanstalten sind in einer Magistratsabteilung zusammengefaßt. Es würde dem Prinzip der Verwaltungsvereinfachung widersprechen, die Anstalten auf zwei Verwaltungsgruppen aufzuteilen.

Zu der Forderung für eine billige Wochenkarte für Lehrlinge, meinte Vizebürgermeister Honay, sein Referat erhöhe dafür ständig die Zahl der Lehrlingsbeihilfen und -stipendien. Im ersten Jahr erhalten die Lehrlinge monatlich 50 Schilling, dazu einen Förderungsbeitrag von 35 Schilling, im zweiten Jahr 40 Schilling und 25 Schilling und im letzten Lehrjahr 30 Schilling Stipendium und 25 Schilling Förderungsbeitrag monatlich.

Was die Musterlehrwerkstätte betrifft, so habe ich wiederholt erklärt, sagte der Referent, daß die Gemeinde selbstverständlich eine solche Lehrwerkstätte errichten wird. Sowohl im Wahlauftrag, wie auch im Gemeinderat hat jedoch die Sozialistische Partei immer wieder erklärt, daß sich auch die anderen Faktoren an den Kosten, die mit 10 Millionen Schilling feststehen, beteiligen müssen. Wir haben uns darum wiederholt bemüht, jedoch ohne Erfolg. (GR.Lauscher (VO): "Wer hat wirklich abgelehnt?") Der Gewerkschaftsbund hat sich ablehnend verhalten und auch die Verhandlungen mit der Arbeiterkammer kamen zu keinem Ergebnis.

Es ist keineswegs geplant, Fürsorgeämter zusammenzulegen. Die weiten Anmarschwege würden eine solche Reform illusorisch machen.

Zu dem Antrag, die 13.Rente ständig zu gewähren, stellte Vizebürgermeister Honay fest, daß niemand in der Stadtverwaltung daran denkt, die Rente nur für ein oder zwei Jahre zu geben. Die übrigen Anträge von GR.Lauscher empfahl er, der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuweisen.

Zu der Forderung der Sprecherin der ÖVP nach Ehestandsdarlehen erwiderte der Referent, daß ein Teil dieser Forderung durch die Möbelaktion bereits in die Tat umgesetzt sei.

Was die Einstellung von Kindergärtnerinnen betrifft, so ist es selbstverständlich, daß zuerst jene Mädchen in den Gemeindedienst eingestellt werden, die in den städtischen Anstalten gelernt haben.

Der Referent begrüßte ferner die Anregung langjährige Pflege-
mütter zu ehren.

Die Schulmilch für Kinder wird in Heimen abgegeben, wenn
diese Heime es verlangen.

Bei "Jugend am Werk" wird ein Großteil der Erzeugnisse den
dort beschäftigten Lehrlingen übergeben.

Besonders betonte Vizebürgermeister Honay, daß die Fürsorge-
sätze für die städtischen Dauerbefürsorgten vielfach höher als die
Unterstützungen des Bundes liegen. Außerdem gibt es zusätzliche
Aktionen wie zum Beispiel die Kohlenaktion, Landaufenthalte, Tages-
heimstätten. Ungefähr ein Sechstel der laufenden Unterstützungen
der Stadtverwaltung werden allein an Aushilfen für Befürsorgte ge-
geben. Dabei werden auch Bundesrentner beteiligt.

Zu den Muttertagsfeiern: Jede größere Veranstaltung, wenn sie
zum ersten Male durchgeführt wird, weist gewisse Mängel auf, beson-
ders wenn es sich um sehr alte Leute handelt. Wir werden aus die-
sen Mängeln lernen.

Die Fürsorge ist leider vielfach gezwungen, Tagesheimstätten
in Parteilokalen unterzubringen, weil es an geeigneten Räumlich-
keiten mangelt. Gastwirte nehmen Tagesheimstätten nur ungern auf.
Die Lokalbeschaffung konnte daher in vielen Fällen nur notdürftig
gelöst werden. Alle Befürsorgten werden jedoch heuer ein 7 bis 8
Kilo schweres Paket der Amerika-Hilfe erhalten. Die Verteilung
wird voraussichtlich im Jänner stattfinden. 170.000 Schilling wer-
den nötig sein, um die Pakete zu verpacken und den Transport zu
besorgen.

Zu der Behandlung der Gesuche in der Opferfürsorgeabteilung
stellte Vizebürgermeister Honay nachdrücklich fest, es sei kein
einziger Fall einer Benachteiligung bekannt. 30.000 Gesuche wurden
in dieser Abteilung bearbeitet. Die Beamten haben hier aufopfernde
Arbeit geleistet und er spreche ihnen dafür seinen Dank aus. (Bei-
fall bei der SPÖ.)

Abschließend gab Vizebürgermeister Honay die Versicherung ab,
er werde sein Referat im Geiste der Menschlichkeit und im sozialen
Geiste weiterführen. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des vierten Hauptstückes
ohne die Stimmen der VO angenommen. Die Anträge der VO werden ein-
stimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

./.

Wiens Künstlerschaft gegen die Bilderstürmer
=====

20. Dezember (RK) In einem Hietzinger Gemeindebau wurde in den vergangenen Tagen eine Plastik umgeworfen. Im heurigen Jahr ist dies der zweite Fall einer allzu drastischen "Kunstkritik", der nun den Künstlerverband Österreichischer Bildhauer zu einer Stellungnahme veranlaßt. Eine Abordnung des Verbandes, geführt von Bildhauer A. Riedel, gab heute vormittag im Kulturamt der Stadt Wien eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt:

"Der Künstlerverband österreichischer Bildhauer, dem 120 Bildhauer und Bildhauerinnen der verschiedensten Kunstrichtungen angehören fühlt sich verpflichtet, zu diesen Begebenheiten in aller Öffentlichkeit Stellung zu nehmen.

Die Stadt Wien und andere öffentliche Körperschaften geben durch ihr Kunstförderungsprogramm der Künstlerschaft jene Impulse, die deren Eingliederung in den Schaffensprozeß der Allgemeinheit gewährleisten. Aus diesem Schaffensprozeß mittels Gewaltakten unduldsamer Elemente, egal welcher Richtung, hinausmanövriert zu werden, ist die Künstlerschaft nicht bereit hinzunehmen. Achtung vor der Arbeit, der Leistung des anderen ist die Grundlage jeglicher Gemeinschaft. Das Werk eines Künstlers, ob er ihm diese oder jene Gestalt gibt, ob es die Mitwelt begeistert oder zu Widerspruch veranlaßt, ist eine Leistung, die auch bei ablehnendster Kritik, wie jede andere Arbeit Anspruch auf Achtung hat. Jede, auch die sachlich strengste Kritik wird, sofern sie die Gebote der Fairneß bewahrt, beim Künstler, dem Kunstförderer und der Allgemeinheit auf fruchtbaren Boden fallen. Nur eine solche Kritik kann und wird, von wo immer sie kommt, Berücksichtigung finden. Bilderstürmer aber, ob in Tat, Wort oder Schrift, stellen sich durch ihre Unduldsamkeit außerhalb der Gemeinschaft und haben keinen Anspruch auf Gehör.

Die Bildhauer und die gesamte Künstlerschaft erwartet, daß sich die Stadtverwaltung durch Manifestationen solcher Art nicht in ihrem kulturellen Aufbauprogramm behindern lassen und die Künstler auch weiterhin aufrufen wird, unsere Vaterstadt durch Werke der bildenden Kunst zu bereichern."

Geschäftsgruppe V: Gesundheitswesen
=====

Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) gibt einleitend einen allgemeinen Überblick auf die Leistungen des Wiener Gesundheitswesens im abgelaufenen Jahr. Dank einer vernünftigen Zusammenarbeit aller zuständigen Stellen konnte seit 1945 auf diesem Gebiete bedeutendes geleistet werden. Auch die Wiener Medizinische Schule hat heute trotz mancher Kritik wieder einen hervorragenden Ruf.

Im Franz Josef-Spital wurde eine ganz moderne chirurgische Abteilung errichtet, im Allgemeinen Krankenhaus eine der schönsten Röntgenstationen und im Wilhelminenspital ein musterbildiges Schwesternschülerinnen- und Schwesternheim. Es ist zu hoffen, daß dieser Ausbau in den kommenden Jahren noch weitergeführt werden wird.

Starker Rückgang der Tbc-Sterblichkeit

Die Tuberkulose-Sterblichkeit ist in Wien stark zurückgegangen. Sie betrug im Jahre 1952 6.01 auf 10.000 Einwohner, im Jahre 1953 6.9 und ist mit 1954 auf 4.7 gesunken. Die Zahl der Neuanfälle an offener Tuberkulose in den Tuberkulose-Fürsorgestellen ist gleichfalls gesunken. Sie betrug im Jahre 1952 1.413, 1953 1.387 und in den ersten zehn Monaten 1954 899. Wichtig wäre eine Revision der Bestimmungen über wirtschaftliche Tuberkulosehilfe. Auch für die Erfassung neuer Fälle müßten mehr Mittel vorgesehen werden. Zweckentsprechend wäre auch der bauliche Ausbau, bzw. Umbau einiger Tbc-Fürsorgestellen. Auch eine größere Verwendung und Ausnützung des Schirmbildgerätewagens ist anzustreben.

Tiefstand der Diphtheriefälle

Bei den übrigen Infektionskrankheiten wurde heuer eine größere Zahl an Kinderlähmungsfällen verzeichnet, jedoch eine erfreuliche Entwicklung hinsichtlich der typhösen Erkrankungen sowie ein seit der Jahrhundertwende noch nicht erreichter Tiefstand bei der Diphtherie. In diesem Zusammenhang ist auch das Problem der Schutzimpfungen zu erwähnen. 1954 wurden in den Bezirksgesundheitsämtern 6.000 Kinder gegen Diphtherie und Wundstarrkrampf und 4.500 der Erstimpfung gegen Pocken unterzogen. Gegen

Kinderlähmung steht leider noch keine wirksame aktive Schutzimpfung zur Verfügung, die auf längere Zeit Sicherheit böte. Die viel diskutierte Schutzimpfung mit Gamma-Globulinen ist wohl für kurze Zeit und für einzelne wertvoll, doch ist damit eine Beeinflussung einer Seuche nicht durchführbar. Eine solche Impfung verbürgt nämlich nur für wenige Wochen die schützende Wirkung. Es würden jedoch jedesmal bei noch so vorsichtiger Schätzung zwei Millionen Liter menschlichen Blutes zur Erzeugung des Impfstoffes erforderlich sein. Abgesehen von den Kosten, ist eine derartige Menge Blutes mehrmals im Jahr nicht aufzubringen.

Für an Keuchhusten erkrankte Kinder stellte die amerikanische Besatzungsmacht seit April 1954 fallweise Flugzeuge zur Verfügung. Die betreffenden Kinder wurden im Gesundheitsamt auf ihre Eignung für diese Behandlungsart untersucht. In etlichen Fällen konnten nach dem Höhenflug wesentliche Besserungen festgestellt werden.

Den schulärztlichen Dienst besorgten im verflossenen Jahr 88 Schulärzte in den Bezirken 1 bis 21 und 44 Sprengelärzte in den Randgemeinden, von denen wegen der Ausgemeindungen 31 wegfielen. Diesen Schulärzten steht auch eine Reihe von Fachärzten zur Seite. Neben Schutzimpfungen gegen Diphtherie und Tetanus werden ab Jänner 1955 auch Tuberkulinproben an den Schülern des 1., 4. und 8. Jahrganges regelmäßig durchgeführt werden.

Starke Frequenz in den Gesundenuntersuchungsstellen

Der Andrang zu den Gesundenuntersuchungsstellen der Krebsfürsorge hält unvermindert an. Bis Mitte Februar 1955 liegen schon Vormerkungen vor und darüber hinaus 800 Fälle, die bisher noch nicht berücksichtigt werden konnten. Vom 30. Oktober 1950 bis 30. November 1954 wurden in den Untersuchungsstellen 22.228 Personen untersucht. Bei 1.428 wurden karzinomverdächtige Befunde festgestellt, bei 2.339 krankhafte Abweichungen, die in Krebs übergehen können und bei 11.872 anderweitige Erkrankungen, deren Behandlung veranlaßt wurde. Für zwei Untersuchungsstellen wurden von der Österreichischen Krebsgesellschaft zur Ergänzung der frauenärztlichen Untersuchung ein Kolposkos zur Verfügung gestellt. Eine dringende Notwendigkeit ist die Errichtung von mindestens drei weiteren Untersuchungsstellen und zwar in den westlichen und südwestlichen Bezirken. Für die Vorsichts-

untersuchung bei Männern ist die Zuziehung eines Facharztes für Laryngologie notwendig. Anstelle der Lungendurchleuchtung wird von den zuständigen Stellen die Anfertigung von Schirmbildaufnahmen empfohlen, die eine weitaus bessere Frühdiagnose ermöglichen. Zur teilweisen Deckung der Aufwandskosten wird erwogen, von jedem Untersuchten für eine derartige Aufnahme einen Betrag von 10 Schilling einzuheben, ausgenommen wären Mittellose.

Auch weniger Geschlechtskrankheiten

Besonders hervorzuheben ist, daß die Zahl der Geschlechtskrankheiten sehr zurückgegangen ist.

Der hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt kam bisher allein schon durch ihre Arbeit für die öffentliche Wasserversorgung große Bedeutung zu. Nun fällt ihr eine weitere nicht unwesentliche Aufgabe zu. Es zeigt sich nämlich die Notwendigkeit, eine Zentralstelle für sogenannte Resistenzbestimmungen von Tuberkelbazillen einzurichten. Durch verschiedene Kulturverfahren soll hier schon zu Beginn einer Behandlung festgestellt werden, auf welches Behandlungsmittel die Tbc-Erreger eines bestimmten Patienten ansprechen.

Aus diesem kurzen Überblick könne man ersehen, daß das Gesundheitsamt gut funktioniert und daß es möglich war, der Vor-
sorge die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken. Bei der Lösung der noch offenen Probleme mögen alle nach besten Kräften mithelfen.

Das Anstaltenamt umfaßt 14 Krankenanstalten, sieben ehemalige Fondskrankenanstalten, unter ihnen das Allgemeine Krankenhaus, das Wilhelminenspital, die Krankenanstalt Rudolfstiftung und das Franz Josefs-Spital, ferner vier Altersheime, zwei Nervenheilanstalten und die Heil- und Pflegeanstalten "Am Steinhof" und Ybbs, weiter insgesamt 18 Jugendfürsorgeanstalten, darunter sechs Lehrlingsheime und sieben Herbergen für Obdachlose. Die Krankenhäuser Mödling und Klosterneuburg wurden durch die Rückgliederung der Randgemeinden den niederösterreichischen Verwaltungsbehörden übergeben.

Unter dem Beifall seiner Fraktion spricht Vizebürgermeister

./.

Weinberger den Ärzten, dem Verwaltungs- und Pflegepersonal und allen anderen Bediensteten dieser Anstalten seinen und den Dank der Stadt Wien für ihre geleistete Arbeit aus, die besonders in der Nachkriegszeit schwierig war.

Bei den Herbergen für Obdachlose zeigt sich durch die anhaltende Wohnbautätigkeit eine rückläufige Tendenz. Mit Jahresende wird die Herberge auf der Wieden aufgelassen; auch die Schule Dörfelstraße soll in nächster Zeit gesperrt werden. Der derzeitige Bettenbelag der Herbergen ist bereits unter 2.100 gesunken und soll im kommenden Jahr noch vermindert werden. Die in Verwendung bleibenden Heime wurden baulich verbessert. In einer Großstadt wird es wahrscheinlich immer einen Rest von Menschen geben, der in normalen Wohnungen nicht untergebracht werden kann. Je kleiner dieser ist, desto besser kann man ihn aber betreuen.

Verbesserungen in den Jugendfürsorgeanstalten

Auf dem Sektor der Jugendfürsorgeanstalten werden im kommenden Jahr eine Reihe Veränderungen vorgenommen. Das Kinderheim Rosental wird mit 31. Dezember dem Verein "Rekonvaleszentenheim" als Rückstellungsobjekt zurückgegeben. Das Erziehungsheim Mödling wurde dem Lande Niederösterreich zugesprochen, doch soll es bis zum Schulschluß 1955 von der Gemeinde Wien geführt werden. Auch im Zentralkinderheim wurden Veränderungen und Verbesserungen vorgenommen. Im Erziehungsheim Schloß Wilhelminenberg wurde im Jahre 1954 der Belagsraum erweitert. Es wird nun auch zum größten Teil als Dauerheim verwendet werden, daraus ergibt sich die Notwendigkeit zur Anschaffung von Kleidern und Wäsche. Im Erziehungsheim Hohe Warte wurde die Kriegsschadenbeseitigung abgeschlossen.

Ähnlich ist die Situation auch in den Lehrlingsheimen. Auch hier wurden Renovierungs- und Umbauarbeiten vorgenommen. Dringend notwendig sei die Errichtung von Sehilfenheimen.

In den Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke "Am Steinhof" und in Ybbs erfuhr der seit Jahren im Steigen begriffen gewesene Belag im heurigen Jahr das erste Mal eine gewisse Stabilisierung, sodaß für das Jahr 1955 erstmals von einer Bettenvermehrung Abstand genommen werden konnte. In beiden Anstalten konnte eine wesentliche Verbesserung der sanitären Anlagen erreicht werden.

Umstellung in den Altersheimen durch höheres Lebensalter

In keiner Anstaltengruppe zeichnen sich nach dem Kriege derartige strukturelle Veränderungen ab, wie in den städtischen Altersheimen. Sie hatten ursprünglich vornehmlich den Zweck, alten, nicht mehr arbeitsfähigen Mitbürgern einen ruhigen Lebensabend zu sichern. Heute werden vielfach dauernd bettlägerige Menschen in die Altersheime überstellt. Dadurch, vor allem aber infolge der durch das höhere Lebensalter bedingten höheren Krankheitsprozentsätze wurden die Altersheime immer mehr und mehr zu Altersspitälern. Der Anteil der Krankenbetten steigt von 3250 im Jahre 1934 auf 5020 im Jahre 1955. Diese Entwicklung hält an.

Der Pavillon I des Altersheimes Lainz wurde in den letzten beiden Jahren umgebaut. Nach diesem Vorbild werden im kommenden Jahr auch die Pavillone V und VII dieser Anstalt umgestaltet werden. Zentralheizung, in jedem Krankenzimmer Warmwasser, hygienische Baderäume, Krankenbettaufzüge, Terrazzofußböden, moderne Beleuchtungskörper, eine Radioanlage mit Kopfhörerbetrieb und eine Rufanlage gehören zur Ausrüstung einer modernen Krankenabteilung auch unserer Altersheime, besser gesagt, Altersspitäler. Auch das Altersheim Liesing hat bereits eine grundlegende bauliche Änderung erfahren. Für den Ankauf einer großen Anzahl medizinischer Apparate und Geräte für Altersheime wurde ein Betrag von 3'17 Millionen Schilling ausgegeben und so die Voraussetzung für eine Intensivierung der medizinischen Behandlung der Pflegelinge geschaffen.

So hat sich seit dem Jahre 1945 ein Wandel von der "Versorgung" in eine Pflegeanstalt oder vielmehr in ein Alterskrankenhaus vollzogen, und man muß keine Angst mehr haben, den alten Mitmenschen in so ein Heim zu geben. Für das Jahr 1955 sind neuerlich für bauliche Investitionen 6 Millionen Schilling vorgesehen. ./.

Seit 1945 wurden für die bauliche Erhaltung bzw. Herstellung unserer Altersheime 32'65 Millionen Schilling aufgewendet.

Vizebürgermeister Weinberger gibt hierauf einige Zahlen über den Rettungsdienst bekannt und bittet die Gemeinderäte der Volksoption, auch den "Abend" darauf aufmerksam zu machen, damit Fehlmeldungen vermieden werden. Der Rettung stehen 13 alte, zum Teil noch verwendbare, und 16 neue, seit 1950 angeschaffene Fahrzeuge zur Verfügung. Die Sanität, die den Krankenbeförderungsdienst versieht, hat 16 alte, gleichfalls zum großen Teil noch verwendbare Fahrzeuge, und nach Einlangen der 5 in Auslieferung befindlichen Wagen werden 29 neue Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Es steht somit ein weitaus größerer Wagenpark zur Verfügung, als ihn eine andere ähnlich große Stadt hat. In diesem Jahr waren bis 30. November 28.276 Ausfahrten zu verzeichnen, die Zahl der hierbei behandelten Patienten betrug 29.432 und die Zahl der ambulatorisch behandelten Patienten 8995. Die Kilometerzahl betrug 346.354.

12.107 Krankenbetten in Wien

Zu der größten Gruppe des Anstaltenamtes zählen die Krankenanstalten. Vor allem durch die Rückgliederung von Mödling und Klosterneuburg bedingt, wird der Normalbettenstand im kommenden Jahr 12.107 Betten betragen. Bezüglich der Bettenversorgung soll 1955 erstmalig der Versuch der Führung eines Reservespitals, das nur in der Zeit des erhöhten Bedarfes, vor allem interner Betten, herangezogen werden soll, gemacht werden. Es ist eine Erfahrung, daß in der Zeit von Jänner bis etwa Ende Mai jeden Jahres die Zahl der Spitalsaufnahmewerber jahreszeitlich bedingt weit höher ist als während des übrigen Jahres. Hiezu sollen drei Pavillons des Zentralinfektionskrankenhauses, die nun frei werden und insgesamt 300 Betten umfassen, und das St. Rochus-Spital Verwendung finden.

Ein Patient kostet pro Tag 103 Schilling

Die Zahl der Verpflegstage ist für 1955 mit rund 4 Millionen angesetzt, was eine rund 90prozentige Ausnutzung der Spitalskapazität im Jahresdurchschnitt bedeutet. Die Einnahmen sind mit rund 255 Millionen Schilling angegeben, wobei erstmalig ein Bundesbeitrag zur Deckung des Defizits der Krankenanstalten mit 25 Millionen Schilling budgetiert ist. ./.

Die Sachausgaben werden rund 160 Millionen, die Personalausgaben rund 230 Millionen, die Gesamtausgaben - ohne Investitionen - also etwa 390 Millionen betragen, sodaß sich ein Betriebsabgang von 135 Millionen Schilling ergibt. Ein Patient kostet pro Tag ungefähr 103 Schilling. Davon entfallen 58'15 Schilling auf Personalausgaben, also eine sehr bedeutende Quote, die aber auch nachweist, daß der Mensch immer noch im Zentrum der Krankenbetreuung steht. Auf Verbrauchsmaterialien entfallen 24'34 Schilling, hievon etwas über 9 Schilling auf die Verköstigungsquote. 10'61 Schilling entfallen auf die Posten Bau und Inventar und 8'76 Schilling auf sonstige Ausgaben.

Welche ungeheuren Summen von der Gemeinde Wien allein auf dem Bau- und Inventarsektor seit 1946 aufgewendet wurden, zeigt folgende Aufstellung:

	Bau in Millionen	Inventar Schilling
1946 - 1952	95'1	90'4
1953	36'4	24'2
1954	45'0	33'0
	<u>176'5</u>	<u>147'6</u>

Große Fortschritte bei Ausgestaltung der Krankenanstalten

Es ist unzweifelhaft, daß die Ausgestaltung der städtischen Krankenanstalten gewaltige Fortschritte gemacht hat und daß auch die medizinische Versorgung der Patienten heute schon jeden Vergleich mit den vom Krieg verschont gebliebenen Ländern aushält. Das Bestreben bleibt weiterhin: Bereithaltung der notwendigen Zahl an Betten, Verbesserungen innerhalb der Krankenanstalten im Hinblick auf Versorgung und Unterbringung und Aus- und Zubauten bei bestehenden Krankenanstalten. Drei große Bauvorhaben sind vorgesehen: Der Ausbau des Krankenhauses Floridsdorf, der Ausbau und die Fertigstellung der Infektionsabteilung des Franz Josef-Spitals und schließlich der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses. Nachdem nun eine erfreuliche Übereinstimmung zwischen den Vertretern von Bund und Land erreicht wurde, werde ich mich bemühen, auch auf dem wichtigen Sektor des Planes eine Koordination der städtischen und staatlichen Interessen und Mittel zustande zu bringen. Dabei erscheint mir die baldige Einberufung einer Enquete aller an diesem Werke Beteiligten und Interessierten und daraus folgende endgültige Festlegung eines gültigen Aufbauplanes besonders vordringlich. /.

Wir brauchen weiter dringend eine Neuordnung auf dem Gebiete der Betreuung unserer alten Mitbürger. So sehr ich den Bau von Wohnungen für alte Leute im Rahmen des kommunalen Wohnhausbaues begrüße, werden wir doch um den Bau eines neuen und entsprechenden Altersheimes neben der Umgestaltung eines Teiles der derzeitigen Heime in Altersspitäler nicht herumkommen.

Jeder zehnte Wiener Alkoholiker

Eine weitere dringende Aufgabe ist die Errichtung einer modernen Trinkerheilstätte. Die Behandlung von Alkoholikern schon zu einem Zeitpunkt, in dem die völlige Wiederherstellung der Arbeits- und Erwerbsfähigkeit gewährleistet erscheint, wäre sowohl aus sozialen als auch aus medizinischen Gründen außerordentlich wichtig. Ergibt doch eine Schätzung, daß es in Wien etwa 140.000 bis 170.000 Alkoholiker gibt, von denen 80.000 bis 100.000 chronische Alkoholiker sind. Die Trinkerheilstätte, für die im Anfang mit 50 bis 60 Betten das Auslangen gefunden werden konnte, wenn die Möglichkeit besteht, bei Bedarf die Bettenanzahl entsprechend zu vergrößern, soll unabhängig von der Universitäts-Nervenklinik und der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" sein, damit den Patienten das Odium der Geisteskrankheit genommen wird, welches viele von der erwünschten freiwilligen Meldung zur Behandlung abhält. Zur besseren Erfassung der Patienten wären da und dort Ausstellen, Beratungsstellen oder Ambulanzen notwendig.

Als weitere Aufgaben bezeichnet der Redner den Ausbau des Krankenhauses Floridsdorf und des Preyer'schen Kinderspitales sowie den Neubau eines orthopädischen Spitals. Auch die Rheumabekämpfung müßte durch die Errichtung eigener Stationen und durch die Anwendung modernster Heilmittel ausgebaut und verbessert werden.

Die erstrebenswerte Einheit im gesamten österreichischen Gesundheitsdienst besteht leider noch nicht. Staat, Länder, Städte und Gemeinden auf der einen, Sozialversicherungsträger, kirchliche und private Einrichtungen auf der anderen Seite bestehen nebeneinander und arbeiten oft gegeneinander. So geschieht in manchen Bereichen zuviel und in manchen Bereichen zuwenig, das Geld des Volkes aber wird nicht immer rationell, sondern auch unwirt-

schaftlich und unzweckmäßig ausgegeben. Mehr Zusammenarbeit, mehr gegenseitige Rücksichtnahme, mehr Einigkeit und mehr Gesamtplanung wäre gerade hier dringend notwendig. (Beifall bei der ÖVP.)

Abschließend dankt Vizebürgermeister Weinberger allen Mitarbeitern, vor allem aber den Ärzten und Schwestern. Der Gemeinderat möge zu diesem Kapitel offen aber sachlich Stellung nehmen. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Debatte über das Gesundheitswesen

GR. Dr. Christoph (VO) erklärt, Österreich und Wien lebe auch auf dem Gebiete des Gesundheitswesens von der Vergangenheit, von dem Begriff der alten Wiener medizinischen Schule. Wie Prof. Dr. Schönbauer richtig erklärt habe, sei es nicht vertretbar, daß man mangels finanzieller Mittel den Studenten die Medizin von gestern lehre. Die Gesundheitspflege sei nun einmal teuer und nicht geeignet, einen Gewinn abzuwerfen. Der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses stelle eine unbedingte Notwendigkeit dar, aber auch der Ausbau und die Modernisierung der anderen alten Spitäler müsse weitergeführt werden.

Im einzelnen kritisiert er den chronischen Bettenmangel in den Wiener Spitälern, das frühzeitige Wecken der Kranken, die unterschiedliche Güte des Essens sowie die nicht gerade appetitanregende Art der Essensverabreichung. Man sollte wieder zu dem alten Brauch zurückkehren, daß jeder Unbemittelte unentgeltlich ärztliche Behandlung in einem Abulatorium erlangen kann.

Im Zusammenhang mit der Kinderlähmung regt der Redner eine Enquete aller namhaften Kinderärzte und Bakteriologen sowie die stärkere Heranziehung der Erfahrungen in anderen Ländern an. Die Volkspopposition fordere in einem Antrag die Schaffung eines Zentrums für die Nachbehandlung von Kinderlähmung im Wilhelminenspital, wo bereits gewisse Voraussetzungen vorhanden seien.

Die Gesundenuntersuchungsstellen für Krebs seien sehr zu loben, aber in der heutigen Zeit bei einer Sterblichkeitsziffer von jährlich 5.000 Krebskranken vollkommen unzulänglich. Seine Fraktion verlange nach wie vor die Einbeziehung der Spitäler und Spitalsambulanzen in die Krebsprophylaxe. Jeder Patient über 40 Jahre sollte im Spital auf Krebs untersucht werden.

Der Alkoholismus nehme im erschreckenden Ausmaß bei Männern und leider auch bei Frauen zu. Er zerrütte die Gesundheit der Menschen und damit die Arbeitskraft, zerstöre die Familien und bringe die Kinder einer solchen Ehe um ihre Jugend. Bis 1942 bestand in Wien eine Trinkerheilstätte. Heute gebe es, abgesehen von den paar Betten am Steinhof, so gut wie nichts. Die Weltstadt Wien mußte sich vom kleinen Korneuburg beschämen lassen, das eine Trinkerheilstätte mit 30 Betten errichtete. Ein Antrag seiner Fraktion ziele darauf hin, alle Maßnahmen für die Errichtung einer städtischen Trinkerheilstätte und für die Wiedererrichtung einer Trinkerberatungsstelle zu treffen.

Bei der Rettung gehe das ständige Ansteigen der Ausfahrten lediglich auf Kosten des Personals. Hier sei eine Vermehrung des Personals und der im Verkehr befindlichen Wagen ebenso wie die Errichtung von Rettungsstellen am jenseitigen Donauufer und eventuell die Wiedererrichtung der Rettungsstelle in Inzersdorf zu verlangen.

Die Fraktion der Volksoption werde auch den Ansätzen dieses Kapitels die Zustimmung nicht erteilen. (Beifall bei der VO.)

GR. Dr. Eberle (VP) hält eingangs Dr. Christoph vor, daß die Frage des Bettenmangels schon eingehend besprochen wurde. Auch was das Essen in den Spitätern anbelangt und die Direktorenstellen, die Schwesternfrage, eiserne Lunge, Viruskrankheiten und so weiter, so wurden diese Fragen schon behandelt, und es ist sehr viel Wertvolles geschehen. Wir können jedoch auch auf diesem Gebiete nicht alles auf einmal machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Im folgenden gibt der Redner eine Übersicht über die Leistungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens in diesem Jahr. Er hebt besonders den Wiederaufbau des Franz Josefs-Spitals hervor, der vor der Vollendung steht; die Abteilungen sind Glanzstücke des Spitalbaues, die sich auch im Ausland sehen lassen können. Sehr erfreulich ist der fortschreitende Aufbau des Krankenhauses Floridsdorf, das 1955 fertig werden wird. Es ist ein großer Erfolg von Vizebürgermeister Weinberger, daß gerade durch seine Initiative diese Bauten so weit fortgeschritten sind.

Das Kontrollamt bedauert immer wieder, daß das Kapitel Gesundheitswesen defizitär abschließt. Das ist aber nur optisch so,

denn mit dem Geld, das investiert wird, verlängern wir unserer Bevölkerung das Leben und halten sie gesünder als dies in früheren Jahren möglich war. Was die Kritik des Kontrollamtes über die Bettenplanung betrifft, so wäre eine Planung viel leichter möglich, wenn die schon seit Jahren geforderten Abteilungen für Alterskrankheiten errichtet würden, während heute die kranken alten Leute die Spitalsbetten belasten. Auch sollten Kinder nicht in Erwachsenenabteilungen aufgenommen werden. Es gibt in Wien genügend Kinderspitäler. Der Redner ersucht den Amtsführenden Stadtrat für Gesundheitswesen die bereits getroffenen Verfügungen zu wiederholen. Dann ist sicher eine weitgehende Bettenplanung durchzuführen.

Zum Gesundheitswesen im allgemeinen meinte der Redner, daß man infolge der zunehmenden Häufigkeit der Herz- und Gefäßkrankheiten der Einrichtung von Herzstationen besonderes Augenmerk schenken müsse. Auch Rheuma fordert jedes Jahr durch den Ausfall von Arbeitskräften seinen Tribut. Durch die Schaffung von Rheumaabteilungen könnte vieles gebessert werden. Eine Rheumaforschungsstelle wäre ebenfalls sehr zweckmäßig. Mit besonderem Nachdruck verwies Dr. Eberle auf die Notwendigkeit der Gesundenuntersuchungsstellen und stellte neuerlich den Antrag, in jedem Wiener Bezirk eine solche Untersuchungsstelle zu errichten.

Auch die Schaffung einer Trinkerheilstätte sei notwendig. Trinker sind keine Narren oder Geisteskranke, es sind arme, süchtige Menschen, denen geholfen werden muß. Solche Leute gehören niemals nach Steinhof.

Zu der Frage der Privatspitäler sagte der Redner, daß diese zum Großteil unter der Führung von Ordensgemeinschaften stehen. Sie helfen sehr wesentlich, die Lücken an Krankenbetten auszufüllen, sie helfen der Gemeinde Wien aber auch große Summen zu ersparen. Dadurch, daß diese Krankenhäuser keine oder wesentlich schlechtere Verträge mit den Sozialversicherungsanstalten haben, sind sie gezwungen, ihre eigene Substanz aufzuzehren und Raubbau an den geistlichen Schwestern zu treiben. Die geistlichen Schwestern sind aber auch Menschen, die auf gleiche Entlohnung und gleiche Freizeit Anspruch haben. Ihre Arbeit ist mindestens ebensoviel wert, wie die ihrer weltlichen Kolleginnen. Der Redner ersuchte daher, hier endlich Abhilfe zu schaffen. (Beifall bei der ÖVF

Ferner ersuchte der Redner den Gemeinderat, den Schwestern, die das orthopädische Spital führen, ein Darlehen zu gewähren, damit sie sich ein eigenes Krankenhaus erbauen können. Ein orthopädisches Spital ist für Wien unbedingt notwendig. Durch die Gewährung eines solchen Darlehens würden wir uns den Bau und die Führung eines orthopädischen Krankenhauses ersparen, jährlich ungefähr eineinhalb Millionen Schilling.

Zur Frage des Schwesternnachwuchses erklärte Dr. Eberle, man müsse den Schwesternberuf durch Besserstellung erstrebenswerter machen. Man sollte in der nächsten Zeit in jedem Krankenhaus auch besser ausgestattete Unterkunftsräume einrichten. Es ist notwendig, daß wenigstens auf 4 Patienten eine Schwester entfällt.

Zum Neubau des Allgemeinen Krankenhauses brachte der Redner Wünsche der Ärzteschaft vor. Sie sollen schon bei der Planung zu den Beratungen beigezogen werden. Ferner vertritt Dr. Eberle die Ansicht, es wäre am besten, das neue Krankenhaus auf den alten Gründen zu erbauen.

Zur Ärztefrage betont er, daß Österreich genügend Ärzte besitzt, um sein Volk wirklich gesund zu erhalten, ja sogar zum gesündesten der Welt zu machen, wenn man es verstünde, die Ärzte richtig einzusetzen. Statt dessen zwingt man sie zu nervenaufreibenden Kämpfen mit den Sozialversicherungsträgern. Durch eine regelmäßige Kontrolle und Überwachung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung könnten alle Ärzte entsprechend ihrer Fähigkeiten eingesetzt werden. Dadurch wäre viel Leiden, aber auch den Sozialversicherungsanstalten wären viele Millionen erspart. Ebenso seien mehr Schulärzte notwendig, die entsprechend ausgebildet sein müssen. Der Redner stellt den Antrag, allen Gastärzten bei der Stadt Wien das Stipendium auszuzahlen.

In Wien bestehe nach wie vor noch ein Geburtenproblem. Es habe sich in dieser Hinsicht nichts geändert, es werde vielmehr weiter wacker abgetrieben. Der Redner verspricht sich auf diesem Gebiete durch einen weiteren Ausbau der Schwangeren- und Mütterberatungsstellen unter Heranziehung von Frauen- und Kinderärzten einigen Erfolg. Manche Mütter würden die Freude am Kinde bekommen oder ihnen diese Freude durch die richtige Beratung erhalten blei

ben. Verwaltungsmäßig wäre die Schwangeren- und Mütterberatung aus der Gruppe Wohlfahrtswesen herauszunehmen und dem Gesundheitswesen zu unterstellen, weil es sich hier ja um eine rein ärztliche Tätigkeit handelt.

Der Redner regt auch die Schaffung von Kurzfilmen zur Aufklärung der Bevölkerung über Schutzimpfungen an. Unruhen und Unklarheiten in Zeiten von Infektionskrankheiten könnten durch Aufklärung verhindert werden.

Abschließend spricht er allen seinen Kollegen, den Schwestern und auch den Beamten und Angestellten für ihre aufopferungsvolle und mühevollen Arbeit im Interesse der Bevölkerung den Dank aus. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Antonie Platzer (SPÖ) nimmt zu dem so notwendigen Bau des Allgemeinen Krankenhauses Stellung und erklärt, ihre Partei habe im Wahlprogramm versprochen, dieses Krankenhaus durch ein modernes und allen Anforderungen entsprechendes Spital zu ersetzen, wenn auch der Bund bereits ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Zum Unterschied von manchen anderen Parteien, werden die von den Sozialisten abgegebenen Versprechen auch erfüllt. (Beifall bei der SPÖ.) Sie begrüße daher die Tatsache, daß Verhandlungen mit den beiden Unterrichtsministern zu einer Zusage des Bundes geführt haben. Auch die Forderung der Gemeinde an den Bund, zur Erhaltung der Fondskrankenanstalten beizutragen, habe einen kleinen Erfolg gezeitigt. Die Belastung der Gemeinde durch die Führung dieser Anstalten betrug zum Beispiel allein im Jahre 1953 118,3 Millionen Schilling. Der Bund hat sich nun endlich bereit erklärt, 25 Millionen Schilling als Beitrag zu leisten. Das ist nicht einmal ein Fünftel des aufgewendeten Betrages. Der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses wird jeden Vergleich mit neuen Krankenhäusern in reicheren Ländern ausschalten und auch wesentlich zur Hebung des weit über unsere Grenzen reichenden Rufes der Wiener medizinischen Schule beitragen. Darüber hinaus wird der Bau des Krankenhauses auch Arbeit schaffen und dem Gewerbe und der Industrie Aufträge bringen. Es müsse darauf verwiesen werden, daß gerade auf dem Bausektor für die Krankenhäuser seit 1945 überaus viel geschehen ist.

Sogar das am meisten beschädigte Franz Josef-Spital wird im kommenden Jahr in der Lage sein, das Infektionskrankenhaus in Betrieb zu nehmen. Die Kosten des Wiederaufbaues allein für dieses Spital haben 41,5 Millionen Schilling betragen.

Zum Wiederaufbau des Spitalwesens gehöre aber auch ein gutes Pflegepersonal. Die Stadt Wien betreibt sechs Krankenpflegerinnen-schulen, davon zwei für Kinderpflegerinnen, mit insgesamt 662 Schülerinnen. Jede dieser Schulen hat einen dreijährigen Lehrgang. Jährlich kostet eine Schülerin der Gemeinde 7.000 Schilling, somit stellt sich also die Ausbildung einer diplomierten Pflegerin auf 21.000 Schilling. Es sei daher bedauerlich, daß nur 80 Prozent der ausgebildeten Schülerinnen ihrem Beruf treu bleiben. Der Dienst der Schwestern sei ungeheuer schwer und man müsse dafür sorgen, ihnen wenigstens ihre dienstlichen und familiären Aufgaben möglichst zu erleichtern. Jene Pflegerinnen, die in den Anstalten wohnen, haben oft nicht einmal geeignete Waschküchen. Es sei an der Zeit, auch hier technische Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Gemeinderätin Platzer regt auch einige Reformvorschläge im Interesse der Spitalspatienten an. So erscheine es ihr durchaus möglich, die Besuchstage nicht nur auf einzelne Tage zu beschränken, sondern Besuche täglich zu ermöglichen. Ferner erscheine es ihr auch unnötig, auf den Krankentafeln die Religion des Patienten anzuführen, da dies sowohl für den Arzt als auch für die Schwester kaum von Bedeutung sein könne. Eine Abänderung bedürfe auch die Vorschrift, daß Kinder erst ab dem zehnten Lebensjahr zu Spitalsbesuchen mitgenommen werden dürfen, und so oft ihre Eltern durch Wochen und Monate nicht sehen können. Gerechtfertigt sei dieses Verbot für Infektionsspitäler und Abteilungen mit ansteckenden Krankheiten. Die Rednerin schlägt eine Herabsetzung der Altersgrenze auf sechs Jahre vor.

Als eine brennende Frage bezeichnet die Rednerin die Frage der Blutspenden. Durch Aufrufe um freiwillige Blutspender müßte es möglich sein, den Langel an dem so oft und dringend notwendigen Blut zur Rettung Schwerkranker zu beheben.

Die Rednerin regt an, zur Bekämpfung des Alkoholismus und auch des Nikotins Aufklärungsschriften zu verfassen und diese in Jugendlokalen anzubringen. Von großer Wichtigkeit sei auch die Herstellung billiger Obstsaft. Der übermäßige Alkoholgenuß zerstöre nicht nur die Gesundheit oder vergeude das Volkvermögen, er zerstört vor allem auch die Familie. Gerade den Frauen von Trinkern müßte auch die Möglichkeit gegeben sein, nicht ein Kind nach dem anderen bekommen zu müssen, das weder normal noch gesund sein kann. Dieses Problem müsse vom sozialen Standpunkt aus gelöst werden.

Gemeinderätin Platzer bedauert, daß bei der Erwähnung des Schulärztedienstes keine Zahlen über die Untersuchungsergebnisse genannt wurden. Gerade dadurch könnte man den Gesundheitszustand der Jugend ersehen und die notwendigen Schlüsse ziehen. Dasselbe gelte auch für die Gesundenuntersuchungsstellen. Die Bekämpfung der Krebskrankheit sei eine Frage, die alle brennend interessiere. Es wurde jedoch wiederholt von prominenten Ärzten die Ansicht vertreten, daß die Gesundenuntersuchungsstellen hauptsächlich einem psychologischen Bedürfnis Rechnung tragen, vielleicht manchmal auch einem propagandistischen. Eine wissenschaftliche Ausbeutung dieser Untersuchungen ist jedoch bis jetzt nicht erfolgt. In dieser Erkenntnis habe die Gemeinde Wien im vergangenen Jahr dem Krebsforschungsinstitut eine Subvention von 1 Million Schilling gewährt. Man kann nur wünschen, daß den Forschungsinstituten in aller Welt bald ein Erfolg beschieden sein möge, um die Menschen von dieser furchtbaren Geißel zu befreien. Zu den genannten Zahlen über die in den Untersuchungsstellen ermittelten Befunde auf Karzinomverdacht oder andere Krankheiten erhebt sich die Frage, ob diese Untersuchungsstellen von sich gesund oder krank fühlenden Menschen besucht werden, und wieviele der tatsächlich gesund Befundenen dies auch in der nächsten Zeit blieben, bzw. ob die dort tatsächlich festgestellten Fälle bessere Operationserfolge zeitigten als jene, die auf gewöhnlichem Wege zur Operation geführt haben. Derartige Aufzeichnungen müssen gemacht werden, um eine wissenschaftliche Nachprüfung der bisherigen Ergebnisse und über den Wert der Untersuchungen zu erhalten. Erst auf dieser Basis erweise sich eine Vermehrung der Untersuchungsstellen als gerecht-
./.

fertigt.

Auf dem Gebiete der Altersheime wurde bereits viel getan, auch wenn noch nicht alles so ist, wie es sein sollte. Die Belagsabteilungen müssen eine Umgestaltung und Auflockerung erfahren. Auch die Tagräume bedürfen einer Anpassung an die Bedürfnisse der Bequemlichkeit. In den Altersheimen ist ein ständiges Ansteigen der Krankenbetten gegenüber den Belagsbetten zu verzeichnen. In bedeutendem Maße müsse der Heimpflege besonderes Augenmerk zugewendet werden, da dadurch den alten Leuten die Möglichkeit gegeben wird, in dem ihnen lieb gewordenen Heim zu bleiben. Auf Initiative von Vizebürgermeister Honay habe man bereits den Versuch unternommen, in den großen Wohnblocks sogenannte Alterswohnungen zu schaffen. Es gibt bis jetzt 120 solcher Wohnungen. Leider genügt diese Zahl nicht. Der Anfall der alten Leute in den Altersheimen ist groß. Diese Heime müssen daher so gestaltet werden, daß sich die alten Leute in ihnen wohl fühlen und sich nicht mehr fürchten, in die Anstalten zu gehen.

Die Auflassung von Obdachlosenheimen ist ebenfalls ein erfreuliches Zeichen des fortschreitenden Wiederaufbaues und der Normalisierung der Verhältnisse auch bei diesen bisher dort untergebracht gewesenen unglücklichen Menschen. Die große Bautätigkeit der Gemeinde Wien hat ihnen Wohnungen gegeben, und dieselbe Bautätigkeit hat ihnen auch Arbeit verschafft. Die Kinder dieser Menschen, die vielfach in den Anstalten der Gemeinde Wien untergebracht werden mußten, sind wieder bei ihren Eltern, und diese Menschen werden nun wieder ein richtiges Familienleben führen können.

Schließlich kommt die Rednerin noch auf die Ausführungen des GR.Dr. Eberle zu sprechen und meint, daß gerade in den Sanatorien immer wieder Schwangerschaftsunterbrechungen vorgenommen werden und er dazu beitragen möge, daß diese zum Stillstand kommen.

Abschließend dankt sie allen in dieser Verwaltungsgruppe Beschäftigten und gibt namens ihrer Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

In seinem Schlußwort tritt Vizebürgermeister Weinberger der Ansicht des GR.Dr. Christoph entgegen, daß die Wiener medizinische Schule der Vergangenheit angehört, und erklärt, daß auch heute wieder eine Reihe Wiener Ärzte Weltruf haben. Das frühe Aufwecken in den Krankenhäusern ist durch eine Reihe von Umständen bedingt, soll aber, wenn es möglich ist, verschoben werden. Das Essen in den Krankenhäusern wie auch die Art der Darreichung sind verbessert worden. Auch er sei der Meinung, daß die seit 1945 bestehende und damals sehr zweckmäßige Gepflogenheit, daß der Chef gleichzeitig Direktor war, nicht beibehalten werden soll. Es ist jetzt an der Zeit, Direktionssekretäre einzustellen und sie sukzessive zu Direktoren zu machen. Über dunkle Auslassungen des Gesundheitsamtes in der Frage der Kinderlähmung ist mir nichts bekannt. Das Gesundheitsamt hat einige Male sehr sachliche und ruhige Erklärungen abgegeben, und ich halte es für vernünftig, Zahlen bekanntzugeben, um der Bevölkerung zu sagen, daß es keine Epidemie ist, sondern daß der Verlauf normal ist. Die Ärzte beschäftigen sich laufend mit den theoretischen Fragen der Kinderlähmung, aber auch die großen Länder Amerika und Rußland sind heute in der Erforschung dieser Krankheit noch nicht sehr viel weiter. Es gibt leider gewisse Krankheiten, die im Letzten noch nicht erkannt sind und daher nicht so bekämpft werden können. Ich gebe zu, daß das Rettungspersonal sehr in Anspruch genommen ist, und es wäre richtig, wenn man auf diesem Gebiet etwas unternehmen könnte. Die Rettungsstation in Inzersdorf mußte nach Zustimmung durch den Gemeinderat aufgelassen werden, weil sie unrationell war. Die beiden Anträge des GR.Dr. Christoph sind überholt, da praktisch ein Zentrum für die Nachbehandlung von Kinderlähmungs-fällen bereits geschaffen ist und auch die Frage der Errichtung einer Trinkerheilstätte bereits in Behandlung steht.

Die beiden Anträge des GR.Dr. Eberle bittet er dem zuständigen Ausschuß zuzuweisen. Die Forderung nach Erhöhung der Anzahl der Schularzte wird geprüft werden.

Was die Schwangerschaftsunterbrechungen anlangt, bin ich der Meinung, sagt Vizebürgermeister Weinberger, daß diese nicht nur in den Sanatorien vorgenommen werden. Dieses Kindersterben hat unser ganzes Volk in allen seinen Schichten erfaßt, und es müßte die Sorge nicht eines Teiles des Volkes, sondern aller sein, dem Einhalt zu gebieten. ./.

Allein materiell gesehen bedeutet das, daß wir eines Tages vor der Tatsache stehen werden, daß wir nur noch Rentenbezieher und keine Renteneinzahler haben werden, daß wir nicht genügend Fachkräfte besitzen werden usw. Und die Frauen, die beschlossen haben, keinen Kindern das Leben zu schenken, werden eines Tages sehen, daß sie das Leben vertan haben. Das sind aber sehr ernste Fragen, die man hier nicht so behandeln kann. In der Diktatur wurde dieses Vorgehen mit Todesstrafe geahndet. Ich glaube, daß das Volk in der Demokratie genau dasselbe Recht hat zu leben wie in der Diktatur und Menschen heute viel mehr begrüßt werden sollten als in der Diktatur, da sie zum Krieg mißbraucht wurden. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Die Möglichkeit der Verlängerung der Besuchszeiten wird geprüft werden, und falls es den Ärzten keine Schwierigkeit bietet, kann dies durchgeführt werden.

Abschließend unterstreicht Vizebürgermeister Weinberger, daß sich im allgemeinen an der Gesundheit nichts verdienen läßt. Auch Wien wird weiterhin für die Gesundheit des Volkes, sein wertvollstes Gut, Opfer bringen müssen und diese auch gerne bringen. Ich lade Sie alle ein, dabei mitzuhelfen, daß dieses kostbare Gut unseres Volkes immer weiter verbessert wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des fünften Hauptstückes des ordentlichen Voranschlags - Gesundheitswesen - und die dazugehörigen Ansätze des außerordentlichen Voranschlags mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Die beiden Beschlußanträge des GR. Dr. Christoph werden gegen die Stimmen der VO abgelehnt, die beiden Anträge des GR. Dr. Eberle einstimmig dem Ausschuß zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

Die erste Weihnachtsbescherung der Gemeinde Wien
=====

20. Dezember (RK) Sonntag nachmittag fand im Messepalast eine Weihnachtsbescherung für die Heimkehrer dieses Jahres und für Kinder der noch nicht Heimgekehrten/ ^{statt.} Die Feier, zu der auch Heimkehrer aus Niederösterreich und Burgenland eingeladen wurden, hat wie alljährlich das Innenministerium gemeinsam mit der Gemeinde Wien veranstaltet. Bei der ersten Weihnachtsbescherung der Gemeinde Wien erhielt jedes der 100 Kinder als Geschenk der Stadtverwaltung zwei Pakete, und zwar ein Paket mit Lebensmitteln und Süßigkeiten und ein Paket mit Kleidungsstücken.

An der Feier nahmen Innenminister Helmer und Staatssekretär Graf, für die Wiener Stadtverwaltung Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay und mehrere Gemeinderäte teil. Nach einer Ansprache von Innenminister Helmer wurden die kleinen und großen Gäste durch Bürgermeister Jonas begrüßt. Er bezeichnete es als unfaßbar, daß mehr als neun Jahre nach Kriegsende immer noch Frauen auf die Heimkehr ihrer Gatten, Väter und Kinder warten. "Wir alle haben den heißen Wunsch", sagte er, "daß die noch in Gefangenschaft Befindlichen bald heimkehren mögen. Wir werden nicht eher ruhen, bis der letzte von ihnen wieder in der Heimat eingetroffen ist!" Namens der Stadt Wien wünschte Bürgermeister Jonas den Heimkehrern und den Kindern frohe Weihnachten und ein glückliches Neujahr.

- - -

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge
=====

20. Dezember (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 19. November von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Kirchschlag" gebracht wurden, am Mittwoch, dem 22. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 14.55 Uhr vom Westbahnhof abzuholen.

- - -

Die Konstituierung der neuen Bezirksvertretungen
=====

20. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Afritsch nahm im Laufe des heutigen Tages in Vertretung des Bürgermeisters in weiteren sechs Wiener Bezirken die Angolobung der neugewählten Bezirksräte und die Wahl der Bezirksvorsteher vor. Heute fanden konstituierende Sitzungen auf dem Alsergrund, in Favoriten, in Meidling, in Hietzing, in Penzing und in Liesing statt.

Bei der Wahl wurden folgende Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt: 9. Bezirk, Bezirksvorsteher Johann Rejnoha (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz Doppler (ÖVP); 10. Bezirk, Bezirksvorsteher Karl Wrba (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz Mithlinger (ÖVP); 12. Bezirk, Bezirksvorsteher August Fürst (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Otto Marguard (ÖVP); 13. Bezirk, Bezirksvorsteher Ernst Florian (ÖVP), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Josef Fischer (SPÖ); 14. Bezirk, Bezirksvorsteher Anton Figl (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Kommerzialrat Josef Bischko (ÖVP); 23. Bezirk, Bezirksvorsteher Johann Radfux (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Dr. Friedrich Sejchovsky (ÖVP).

Morgen, Dienstag, finden Konstituierungen der Bezirksvertretungen in folgenden Bezirken statt: 15. Bezirk 8 Uhr, 8. Bezirk 9.30 Uhr, 17. Bezirk 11 Uhr, 18. Bezirk 15 Uhr, 20. Bezirk 16.30 Uhr, 22. Bezirk 18 Uhr.

- - -

Weihnachtsurlaub für Wiener Kinder
=====

20. Dezember (RK) So wie im vergangenen Jahr hat das städtische Jugendamt auch heuer wieder sozial bedürftige Kinder in das Erholungsheim Sulzbach-Ischl geschickt.

Zur Verabschiedung der 71 Kinder hatte sich heute außer den Eltern auch Vizebürgermeister Honay auf dem Westbahnhof eingefunden.

Die Auswahl wurde von den Bezirksjugendämtern und von Erziehungsanstalten vorgenommen. Die Kinder erhalten im Heim Geschenke nach eigener Wahl (Bücher, Puppen, Fußbälle, Matadorbaukasten, Füllfedern, warme Kleidungsstücke etc.). Sie werden am 7. Jänner wieder nach Wien zurückkommen.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 20. Dezember
=====

20. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 6 Ochsen, 10 Kühe, Summe 16. Neuzufuhren Inland: 194 Ochsen, 76 Stiere, 812 Kühe, 87 Kalbinnen, Summe 1.169. Ungarn: 20 Ochsen, Summe 20. Gesamtauftrieb: 220 Ochsen, 76 Stiere, 822 Kühe, 87 Kalbinnen, Summe 1.205. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 8 bis 11.20, extrem 11.30 bis 11.60, Stiere 10 bis 11.50, extrem 11.60. Kühe 7.20 bis 9.20, extrem 9.30 bis 10, Kalbinnen 9 bis 11.20, extrem 11.30 bis 11.60, Beinlvieh, Kühe 6 bis 7.20, Ochsen und Kalbinnen 7 bis 9 S.

Bei sehr lebhaftem Marktverkehr notierten Ochsen, I. bis III. Qualität behauptet, Extremware fest behauptet. Stiere, Beinlvieh verteuerten sich bis zu 50 Groschen, Kühe bis zu 30 Groschen, Kalbinnen bis 40 Groschen, ungarische Ochsen notierten 10 bis 11.60 S.

- - -

Geschäftsgruppe VI: Bauangelegenheiten
=====

Als nächste Beratungsgruppe gelangt die Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten, zur Verhandlung.

Stadtrat Thaller (SPÖ) führt als Berichterstatter aus: Niemals zuvor waren in Wien derart viele Menschen im Baugewerbe und in den Baunebengewerben beschäftigt. Niemals zuvor war es so schwer, geeignete Arbeitskräfte zur Erfüllung unserer Bauaufgaben in genügender Zahl aufzutreiben. Der hohe Beschäftigtenstand im Baugewerbe ist nicht ausschließlich das Verdienst der Gemeinde Wien, die Bautätigkeit der Gemeinde hat aber in erster Linie zu dieser erfreulichen Entwicklung beigetragen. (Beifall bei der SPÖ.) Die Leistung von Überstunden im Baugewerbe darf keine Dauereinrichtung werden. Wir streben eine möglichst kontinuierliche ganzjährige Beschäftigung an und denken nicht daran, den raschen Wiederaufbau unserer Stadt mit der Gesundheit unserer Arbeiter und Angestellten zu erkaufen. Wir wollen daher im nächsten Jahr noch mehr als bisher unsere Planungen so einrichten, daß das erhöhte Bauvolumen in der normalen Arbeitszeit vollbracht werden kann.

1.240 Millionen für das Bauwesen

Im Jahre 1955 wird der eigene Bauaufwand der Gemeinde 1.035 Millionen Schilling betragen. Unter Hinzurechnung der Darlehen für Wohnbauförderungsmaßnahmen wirft die Gemeinde Wien einen Betrag von 1.240 Millionen Schilling für das Bauwesen aus, das sind 36,8 Prozent des Budgetvolumens. Im Rahmen der Geschäftsgruppe Bauangelegenheiten sind 707 Millionen Schilling veranschlagt.

Das Kernstück des Bauwesens wird auch im kommenden Jahr der kommunale soziale Wohnungsbau sein, für den im Budget 490 Millionen Schilling vorgesehen sind. Mit diesem Betrag können mehr als 6.500 Wohnungen hergestellt werden, wenn es gelingt, die Kosten auf der bisherigen Höhe zu halten. Im Jahre 1954 wurden 7.582 Wohnungen zu bauen begonnen und 6.837 fertiggestellt. (Beifall bei der SPÖ.) Seit Beendigung des zweiten Weltkrieges wurden 41.564 Wohnungen begonnen, davon sind 30.439 fertiggestellt und 11.125 am Ende des Jahres noch im Bau. (Erneuter Beifall.)

Im heurigen Jahr wurde die 25.000ste Wiener Gemeindewohnung nach 1945 zur Benützung übergeben und mit dem Bau der 100.000sten Wohnung seit 1919 begonnen.

Wien beim Wiederaufbaufonds benachteiligt

Seit dem Bestehen des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds im Jahre 1948 wurden in Wien 7.159 Ansuchen um einen Darlehensbetrag von 5.377 Millionen Schilling eingereicht, davon wurden bisher 3.677 Ansuchen mit einem Betrag von 2.349 Millionen Schilling genehmigt. Allein im Jahre 1954 wurden in Wien noch Anträge mit einer Summe von $1\frac{1}{4}$ Milliarden eingereicht, wovon Ansuchen mit einer Schadenssumme von $\frac{3}{4}$ Milliarden genehmigt wurden. Daß Wien durch die seinerzeitige Aufschlüsselung benachteiligt ist, geht daraus hervor, daß wir in Wien erst bei den Ansuchen aus dem Jahre 1950 halten, während ein erst jetzt angemeldeter Schaden in Vorarlberg sofort durch ein Darlehen behoben werden kann.

108 Künstler bei Gemeindebauten beschäftigt

Der kommunale Wohnbau hat im vergangenen Jahr viele Gebiete der Wirtschaft und der Kunst im höchsten Maße befruchtet. Auch für das kommende Jahr wurden bereits an 129 freischaffende Architekten Planungsaufträge für 63 Wohnbauprojekte mit etwa 5.400 Wohnungen vergeben. Mit künstlerischen Ausschmückungsarbeiten sind derzeit 108 Künstler beschäftigt; 87 Künstler haben Arbeiten zur Schmückung unserer Wohnhausanlagen heuer bereits fertiggestellt. Weitere 61 künstlerische Ausschmückungsarbeiten werden in Kürze vergeben.

Bis Ende dieses Jahres werden insgesamt 1.2 Milliarden Schilling Aufträge an das Wiener Gewerbe vergeben, um 200 Millionen mehr als im Vorjahr.

Wien wird eine junge Stadt

Stadtrat Thaller würdigt hierauf die wohn- und baukulturelle Leistung der Stadt Wien und erklärt: Die Gemeindeverwaltung hat, wie uns die vielen Besucher aus dem Ausland immer wieder bestätigen, seit dem Jahre 1945 ein von der ganzen Welt anerkanntes neues städtebauliches Werk geschaffen, das sich würdig an die guten Bauleistungen früherer Epochen anreicht (Beifall bei der SPÖ).

Die Baugesinnung der Gemeinde Wien knüpfte an die bewährte Tradition der Gemeindebautätigkeit vor 1934 an, allerdings nicht ohne die neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten, die bautechnische Entwicklung und die Veränderung des gesellschaftlichen Gefüges zu berücksichtigen. Der Mensch und seine Bedürfnisse sind es, denen sich alles andere unterzuordnen hat. Unsere Planungen gehen von dem Gedanken aus, den Wienern eine neue, eine junge Stadt zu bauen, in der sie sich wohlfühlen. Deshalb lehnen wir hohle Ornamente, falsches Pathos und unechten Zierat ab. Keine Scheinarchitektur soll unseren guten Geschmack verderben oder uns einen Wohlstand vorgaukeln, der gar nicht vorhanden ist. Wir wollen Neues schaffen. Ein schönes neues Bauwerk paßt immer zu schönen alten Bauten, weil Schönheit immer zu Schönheit und Harmonie immer zu Harmonie paßt.

Die Gemeinde Wien versucht laufend, das Bauen wirtschaftlicher und billiger zu gestalten. Die reinen Baukosten für eine Gemeindefohnung mit durchschnittlich 47.5 m^2 sind auf rund 71.000 Schilling gesunken.

Für den Bau des Museums der Stadt Wien werden im nächsten Jahr als zweite Baurate 6 Millionen zur Verfügung stehen. Der Bau der Wiener Stadthalle tritt in ein entscheidendes Stadium. Als dritte Baurate werden dort 40 Millionen Schilling verbaut werden. Für die Aufstockung des Stadions sind 8 Millionen vorgesehen. 2 Millionen Schilling werden für 16 neue Kinderspielplätze bereitgestellt. Geplant ist die Weiterführung von 4 Kindergartenbauten und der Baubeginn an 10 weiteren Kindergärten.

6 Schulbauten werden weitergeführt und ein neuer in Stammersdorf in Angriff genommen. Im nächsten Jahr ist auch beabsichtigt, mit einer Generalreinigung der Wiener Denkmäler zu beginnen. Für eine Reihe weiterer Denkmäler soll die Möglichkeit einer Beleuchtung geschaffen werden.

325 km Straßen und 160 km Gehsteige in einem Jahr

Für den Straßenbau wurden 1954 138 Millionen ausgegeben. Damit wurden unter anderem 325 km Straßen und 160 km Gehsteige neu angelegt oder umgebaut.

Dank der Pionierarbeit der Straßenbauabteilung im Betonstraßenbau ist es gelungen, jetzt Straßenbauarbeiten auch noch bei Temperaturen bis minus 10 Grad durchzuführen. Die wichtigsten Straßenbauvorhaben des nächsten Jahres sind: Fußgehertunnel Opernkreuzung, Umbau des Pratersterns und der Nordbahnstraße sowie Teilumbau der Kärntner Straße, der Operngasse und des Albertinaplatzes.

Stadtrat Thaller bittet in diesem Zusammenhang die Wiener, für die schwere Arbeit des Straßenbauers Verständnis aufzubringen. Er habe nicht die Absicht, den Wiener Komikern ihren Hauptschlager, nämlich die aufgerissenen Straßen, streitig zu machen, mit dem schon Generationen von Wienern aufs Beste unterhalten wurden, er müsse aber doch bitten, wenn die erste Freude über den gelungenen Witz vorüber ist, ein wenig über die technischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Straßenbaues nachzudenken. Dieser schafft nicht nur schönere und bessere Verkehrsflächen und größere Sicherheit, sondern auch Arbeit und Brot für viele Tausende.

Auf dem Gebiet des Brücken- und Wasserbaues führte der Referent an, daß die Rotundenbrücke demnächst fertiggestellt sein wird. Anstelle der provisorischen Schwedenbrücke wird eine Spannbetonbrücke den Donaukanal überqueren, die Lueger-Brücke und der Nikolaisteg über die Wien, zwei Brücken über die Liesing und die Mauerbachbrücke sollen fertiggestellt werden. Weitere 2.5 Kilometer des Liesingbaches werden 1955 reguliert. Außerdem sind die Halterbachregulierung sowie eine Reihe kleinerer Regulierungen vorgesehen.

Neues Gemeindeschiff als Eisbrecher

Der Bund hat sich nunmehr endlich entschlossen, größere Beträge für den Ausbau der Wiener Hafenanlagen vorzusehen, sodaß 1955 auf diesem Gebiet Bedeutendes geschehen wird. Um 4 Millionen Schilling wird außerdem ein Mehrzweckschiff angeschafft werden, das auch als Eisbrecher dienen kann.

Den Gartenanlagen gilt die besondere Obsorge. Sie sollen nicht wie früher einmal stilisierte Landschaft sein, wir wollen vielmehr Volksparks schaffen, die über das ganze Stadtgebiet verteilt, von jeder Wohnung zu Fuß leicht erreichbar sind (Beifall bei der SPÖ). Sechs neue Gartenanlagen sollen im nächsten Jahr geschaffen werden, 14 umgestaltet oder instandgesetzt. Insgesamt sind 42 Millionen allein für die Gärten vorgesehen.

Baustofflastzug Wien-Genf

Die Baustoffbeschaffung des Stadtbauamtes beschränkt sich auf jene Materialien, an denen Mangel herrscht, in erster Linie, Ziegel, Zement und Baustahl. Im abgelaufenen Jahr wurden 1'4 Millionen Tonnen Baustoffe beschafft, was einem Lastzug in der Länge von Wien bis Genf entspräche. Die Kosten betragen 210 Millionen Schilling. Mit der Verwendung von losem Zement hat das Stadtbauamt einen weiteren entscheidenden Schritt zur Rationalisierung getan. Diese Art der Zementanlieferung bietet bedeutende Vorteile. Die zweckmäßige Modernisierung dieser Großbaustellen wurde allerdings der Gemeinde Wien vom Handelsministerium nicht leicht gemacht. Man versuchte, die Gemeinde an der Einfuhr der notwendigen Geräte zu hindern.

Spenglerkartell zerschlagen

Der Referent wandte sich auch gegen Preisabsprachen und berichtete, daß er während der Hochsaison alle Energie aufwenden mußte, um ein von den Spenglern geplantes Kartell zu zerschlagen. Stadtrat Thaller sagte, er werde auf diesem Gebiet auch weiterhin wachsam sein und kein noch so großes und einflußreiches Unternehmen weiter beschäftigen, wenn es sich an Preisabsprachen beteiligt. (Beifall bei der SPÖ.)

Grundsätzlich führte Stadtrat Thaller aus, es stehe außer Zweifel, daß die bauliche Struktur unserer Stadt erneuerungsbedürftig, unser Verkehrsnetz veraltet ist und die Überdichte gewisser Stadtteile verringert, sowie dem ständigen Raub von stadtnahem Gebiet Einhalt geboten werden müsse.

Planung für 30 assanierungsreife Gebiete

Der soziale Städtebau ist für Wien kein leerer Begriff geblieben. Mit der neuen, der vermenschlichten Stadt wollen wir auch den neuen, den besseren Menschen schaffen. Wir glauben, daß die entscheidenden Lebensfragen der Gesellschaft letzten Endes nur durch eine neue Form der Städte zu lösen sein wird. Die nächsten Jahre werden für die Stadtplanungsabteilung große Aufgaben bringen. Für ungefähr 30 assanierungsreife Gebiete sollen im nächsten Jahr Planungen einsetzen. Ferner ist an Planungsarbeiten für den gesamten Fragenkomplex Autobahn, für neuralgische Verkehrsknotenpunkte, für die geplante Donaustadt, für den Wiener-

wald und das Erholungsgebiet der Wiener gedacht. Die Stadt Wien verfolgt eine weit vorausschauende Raumordnungs- und Landesplanungspolitik. Sie ist gerne bereit, der Bevölkerung schon bei der Planung jede Möglichkeit der Kritik und der Mitarbeit einzuräumen. Unsachliche Kritik lehnen wir jedoch ab.

Der Wienerwald in Gefahr

Die Entwicklung mahnt zu größter Vorsicht. Dem Wienerwald droht Gefahr. 65 Prozent der allgemeinen Erholungsflächen von 1910 sind verbaut. Die Forderung nach einem geeigneten Grundbesetzungsgesetz darf daher nicht verstummen. (Beifall bei der SPÖ.) Die Grundspekulation muß aufhören. Die Wiener Bevölkerung soll auf streng fachlicher Basis über die Gefahren, die ihr und ihrer Stadt drohen, aufgeklärt werden. Diesem Zweck dient auch die Schriftenreihe "Die Stadt gibt Auskunft", ebenso die Kulturfilme der Stadtbauverwaltung. Wir werben damit um Verständnis für die schwere Arbeit des Stadtbauamtes, wollen dabei aber gleichzeitig zum Mitdenken, zum Mitsprechen, zum Mitarbeiten anregen. Darum aber bitte ich auch, so schloß Stadtrat Thaller seine Ausführungen, den Wiener Gemeinderat für das kommende Jahr.

Debatte über Bauangelegenheiten

Gemeinderat Maller (VO) beschäftigt sich zunächst mit der Wohnungsnot. Dieses Problem sei noch immer nicht gelöst. Die Wohnungsnot in unserer Stadt und das Wohnungselend seien ständige Gäste in Wien. 83 Prozent sind Kleinwohnungen mit höchstens 44 Quadratmeter Fläche. Acht Prozent bestehen überhaupt nur aus einem einzigen Raum; das ist der Wohnraum für 50.000 Familien. Wir glauben, sagte der Redner, daß die Gemeinde zu wenig bemüht ist, Wien aus einer Stadt der Kleinstwohnungen zu einer Stadt der besseren Wohnungen zu machen. Die Wiener Wohnungsnot besteht aber nicht nur der Zahl sondern auch der Qualität nach. Wir haben nicht nur zu wenig Wohnungen, sondern zuviel schlechte menschenunwürdige Wohnungen. Wenn wir daher die Wohnungsnot beseitigen wollen, müssen wir nicht nur viel bauen, sondern vor allem gute, moderne und genügend große Wohnungen errichten.

GR. Maller erklärt weiter, daß mit dem Zumauern der Unterschlupfe längs des Donaukanals das Elend der Obdachlosen nicht behoben sei. Die Gemeindeverwaltung müsse dafür sorgen, daß alle diese Leute Wohnungen bekommen. Wien muß zur Stadt der glücklichen Familien und der gesunden Kinder gemacht werden. Darum brauchen wir ein großzügiges Wohnbauprogramm, das innerhalb von fünf Jahren die Wiener Wohnweise grundlegend verändert. Augenblicklich gibt es in unserer Stadt 60.000 Haushalte, die keine eigene Wohnung haben. 10.000 Wohnungen sind vom Verfall bedroht und zehntausende andere wieder sind gesundheitsschädlich. Dazu kommt noch die Zahl der Wohnungen, die in wenigen Jahren ebenfalls vom Verfall bedroht sind. Das Leben in schlechten Wohnungen führt vielfach auch zu schlechten und zerrütteten Familienverhältnissen. Viele Ehepaare haben auch gerade wegen der drückenden Wohnungssorgen nicht die Möglichkeit Kinder zu haben. Leider trägt die Stadtverwaltung dem nicht Rechnung. Im Jahre 1955 sollen 30 Millionen Schilling weniger als 1954 für den sozialen Wohnungsbau ausgegeben werden. Gegenüber 1953 beträgt dieser Rückgang sogar 60 Millionen. Der Redner erklärt es sei eine Tendenz festzustellen, daß in Wien mehr und mehr dazu übergegangen wird, Wohnungen zu bauen, bei denen der Wohnungswerber einen Baukostenzuschuß von 10 Prozent leisten muß. Da arbeitende Menschen kein Kapital oder Bankkonto haben, müssen sie zum Erwerb einer solchen Wohnung Kredite aufnehmen, an denen sie jahrelang zurückzahlen. Das ist dann wieder eine Ursache, warum sich die Leute keine Kinder anschaffen können. Der Redner stellt fest, seine Fraktion sei durchaus nicht gegen den Genossenschaftsbau, im Gegenteil, man soll ihn sogar fördern, nur dürfe dies nicht auf Kosten des sozialen Wohnungsbaues geschehen.

Stellung müsse man auch gegen die Praktiken des Vereines der Freunde des Wohnungseigentums nehmen, der dem Wohnungsschacher Tür und Tor öffnet und außerdem der Gemeinde vielfach die für den sozialen Wohnungsbau so notwendigen Gründe wegschnappt oder die Preise übermäßig hinauftreibt.

Der Redner kommt dann auf die Wohnungen zu sprechen, die im sogenannten Schnellbauprogramm errichtet wurden und stellt einen Beschlusantrag, der die Zusammenlegung von je zwei solcher Wohnungen fordert.

Für die Unterbringung der dadurch überzählig gewordenen Mieter müsse in neuen Gemeindebauten gesorgt werden.

Ein weiterer Beschlusantrag des Redners fordert die Heranziehung von Vertreterinnen der Frauenorganisationen bei der Planung und Ausgestaltung der Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien, insbesondere deren Inneneinrichtung. Es würden dadurch sicher entscheidende Verbesserungsvorschläge gemacht werden können, die zur Hebung der Wohnkultur beitragen würden. Größeres Augenmerk müßte auch der Schalldämpfung zugewendet werden. Man sollte nicht nur der Lärmplage auf den Straßen, sondern auch in den Wohnbauten zu Leibe rücken.

Auch über die Beschaffenheit der Küche könnten die Frauen Anregungen geben. In einem Beschlusantrag fordert der Redner, Vorsorge zu treffen, daß künftighin in den Neubauten der Gemeinde Wien die Küchen so ausgestaltet werden, daß sie gleich von vornherein mit Einbauschränken ausgestattet sind. Der Redner regt auch an, die Badezimmer mit Kleinwannen auszustatten. Auch der qualitätsmäßigen Ausführung der Gemeindebauten muß mehr Augenmerk zugewendet werden. Die Bemühungen nach Senkung der Baukosten sind zu begrüßen, nur dürfe dies nicht durch eine Qualitätsverminderung erfolgen.

In einem weiteren Beschlusantrag wird vorgeschlagen, auch die Küchen, Vorräume, bzw. Schlafzimmer mit Einbauschränken auszustatten.

Als eine sicherlich berechtigte Forderung, bezeichnet der Redner den Wunsch der Frauen nach Einbau von Kohlaufzügen in den Gemeindebauten.

Der Redner kommt sodann darauf zu sprechen, daß die Gemeinde Wien eine Elektro- und Gasgeräteaktion geschaffen habe, jedoch in den Gemeindebauten derart schwache Steigleitungen verlegt hat, daß die Hausfrauen von den neuen technischen Errungenschaften überhaupt keinen Gebrauch machen können. Er stellt daher einen Beschlusantrag, in dem alle zuständigen Stellen der Stadtverwaltung aufgefordert werden, dafür Vorsorge zu treffen, daß nicht nur in neuen Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien die Steigleitungen nur mit einem Querschnitt verlegt werden, der eine Vollelektrifizierung ermöglicht, sondern daß auch in den Althäusern die Steigleitungen entsprechend erneuert werden. Erst

dann könne die längst notwendig gewordene Modernisierung der Haushalte erfolgen. Diese Maßnahmen dürften jedoch nicht auf Kosten der Mieter erfolgen.

Wir dürfen die Erhaltung des Althausbestandes nicht vernachlässigen. Dieses Problem ist noch lange nicht zur Zufriedenheit der Mieter gelöst. Die Hausherren denken gar nicht daran, ihre erhöhten Einnahmen für die Erhaltung der Wohnungen zu verwenden. Ein zehnfacher Friedenszins ist heute schon keine Seltenheit mehr. Es gibt nur eine Möglichkeit: die Schaffung des von den beiden großen Mieterorganisationen vorgeschlagenen zentralen Hausreparaturfonds. Eine der vornehmsten Aufgaben der Gemeinde ist es auch, den Untermietern zu helfen. Die Front der Mieter und Untermieter muß geeinigt werden gegenüber den Hausherrenfrechheiten und den übertriebenen Forderungen der Zinsgeier. Unsere Kleinen sollen immer gerne an ihre Kindheit zurückdenken. Darum wollen wir den Bau von Kindergärten, Horten und Schulen und eine systematische Ersetzung der alten durch neue Schulen.

In der Stadtplanung herrscht eine wohldurchdachte Planlosigkeit. Die Gemeinde Wien soll sich nicht nur um die Lösung der großen Verkehrsprobleme im Zentrum der Stadt sorgen, sondern den Charakter einer Weltstadt auch in die Arbeiterbezirke hinaus tragen. Besonders dringlich ist hierbei eine Unterführung in Stadlau. Bei der Verbauung der Gründe des ehemaligen Heinrichshofes sieht man, daß hier wieder die Kapitalsinteressen eine Rolle spielen. Es ist maßlos überheblich, über dieses Projekt selbstherrlich zu entscheiden. Hier soll eine Enquete entscheiden, bei der die Meinung der Wiener Bevölkerung zu hören ist.

Mit Bezug auf frühere Vergleiche des Stadtrates Thaller und der Gemeinderätinnen Jaobi und Potetz über die Baufortschritte in Wien einerseits und den Volksdemokratien und der Sowjetunion andererseits, die zuungunsten dieser Länder ausfielen, erklärt Redner: Hier werden oft Dinge wider besseres Wissen festgestellt, und wenn der Betreffende sich dann eines Besseren belehren lassen muß, findet man es nicht der Mühe wert, eine Richtigstellung zu machen. Es genügt nicht, wie Stadtrat Thaller es tat, dem Stadtrat Matejka ins Ohr zu flüstern, daß man alles zurücknimmt, sondern, wenn man in diesem Hause eine unrichtige Information vorbringt, dann muß man den Mut haben, vor dieses Haus hinzutreten und zu sagen, die Dinge verhalten sich nicht so. /.

Insbesondere in Moskau herrschen heute Wohnungsverhältnisse, an die die Stadt Wien nicht herankommt. Die Moskauer wohnen besser. (Zwischenrufe bei den Sozialisten.) Wenn Sie das bezweifeln, gibt es eine sehr einfache Methode, die Wahrheit zu ergründen: Fahren Sie einmal mit einer Delegation in die Sowjetunion, studieren Sie dort an Ort und Stelle die Wohnungsverhältnisse und bilden Sie sich dann ein Urteil. In der Sowjetunion sind auf Grund des deutschen Militarismus 1.710 Städte zerstört worden, 70.000 Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, 6 Millionen Gebäude wurden zerstört und 25 Millionen Obdachlose hat es nach dem Krieg gegeben. In den Städten der Sowjetunion sind auf Grund der Bautätigkeit der kommunalen Verwaltung - und dazu kommen noch die Bauleistungen des Staates und der Fabriken, der Kombinate, 183 Millionen Quadratmeter reiner Wohnfläche gebaut worden, das heißt etwas 5,7 Millionen Wohnungen. Auf dem Lande sind in derselben Zeitperiode 4,2 Millionen Landhäuser errichtet worden. In Moskau sind zwischen 1947 und 1953 3,6 Millionen Quadratmeter reiner Wohnfläche verbaut worden, das sind 113.500 Wohnungen. Wenn man heute den Wohnungsbau von Wien und Moskau vergleicht, dann steht es vier zu drei für Moskau.

Zu dem Vorhalt, daß die Kommunisten, die in den kommunistisch verwalteten Ländern die Mitwirkung der Bevölkerung ausschalteten, nicht dazu legitimiert seien, den Anschein zu erwecken, als ob ihre demokratische Einstellung mustergültig wäre, erklärt Redner: Wenn man die Interessen der kapitalistischen Klasse vertritt, dann bedauert man, daß in den Volksdemokratien diese Herrschaften nicht mehr zu reden haben. Aber das ist nicht deswegen, weil sie dort gewaltig unterdrückt werden, sondern weil die Bevölkerung die Vertreter der kapitalistischen Klasse ablehnt. In den Volksdemokratien und in der Sowjetunion ist es nicht mehr möglich, daß an der großen Schüssel des Volkseinkommens die Kapitalisten mit dem großen Schöpflöffel sitzen und die Arbeiter nur mit einem ganz kleinen Löffel. (Zwischenrufe bei den Sozialisten.) Wenn die sozialistischen Genossen die Grundsätze des Marxismus verballhornen, zeigt das nur, wie tief ihr Parteivorstand mit dem amerikanischen Imperialismus verwachsen ist, wie er ihn stützt, den großen Schöpflöffel zu halten.

Schließlich verlangt Redner die Beistellung größerer Mittel

für den Straßenbau und erhöhte Beitragsleistungen des Bundes für den Straßen- und Brückenbau. Er bekundete seine Genugtuung über die Leistungen der Wiener Gartenarchitekten und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu den Ansätzen dieser Gruppe.

GR.Dr. Prutscher (ÖVP) erklärt, daß im Bauwesen der Stadt Wien das Planen eine sehr große Rolle spielen müsse. Bei diesem Kapitel der Verwaltung geht es einerseits darum, dem einzelnen Menschen eine entsprechende solide Grundlage für seine Wohnung zu geben, und andererseits darum, für das kommende Antlitz unserer Stadt das Beste herauszuholen und als reale Notwendigkeit in die Tat umzusetzen. Wir müssen an die Lösung aller Probleme mit Offenheit und Entschlossenheit herantreten. Wir dürfen dabei nicht das eine oder andere Projekt als Utopie verwerfen.

Wir brauchen einen Gesamtplan, der für mehr als eine Generation Geltung haben soll. An der Spitze des Planens muß das Verkehrsproblem stehen. Ihm muß der Flächenwidmungsplan folgen. Entsprechend der Dringlichkeit sollten die genau abgesteckten Zeiträume erstellt werden, die es jedem Bürger klarmachen, wann mit der Inangriffnahme der einzelnen Projekte zu rechnen ist. Dieser Plan darf nicht allein von dem Gedanken kommunaler Machtkonzentration getragen sein. Auch die Religionsgemeinschaften sollten bei der Flächenwidmung den entsprechenden Platz erhalten. Für die Vorarbeiten zur kommenden U-Bahn sollten schon jetzt die Voraussetzungen geschaffen werden.

Die ÖVP hat gegen eine aktive Bodenpolitik der Gemeinde nichts einzuwenden, allerdings unter der Voraussetzung, daß diese Bodenpolitik nicht zum Baumonopol hinstrebt, sondern auch den kleinsten Bauwillen berücksichtigt. Da der Mietzins in Österreich nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus sozialen Erwägungen her gebildet werden muß, müssen wir verlangen, daß auch die Darlehen für Eigenheime und Eigentumswohnungen nicht nach rein kapitalistischen und zinsmäßigen, sondern nach sozialen Erwägungen gewährt werden. Wenn von Eigentum die Rede ist, sollten wir nicht nur an den Großen denken, sondern mithelfen, den Besitzlosen zum Besitzenden zu machen, denn das ist gewiß eine soziale Tat. (Beifall bei der ÖVP.)

Hochhäuser stellen eine Möglichkeit dar, das Stadtbild zu beleben. Aber auch hier sollte man mit der gebotenen Vorsicht vorgehen. Während die Lösung am Franz Josefs-Kai etwas umstritten ist, hat jene auf den Matzleinsdorfer Platz bedeutend größere Zustimmung gefunden. Hierbei ist es vor allem notwendig, das Gesamtbild und die Silhouette unserer Stadt zu berücksichtigen und zu schonen.

Ein langjähriger Wunsch der ÖVP verlangt familiengerechte Wohnungen. Eine Wohnung mit nur 25 oder 35 Quadratmeter Bodenfläche ist vielleicht ausreichend für die "motorisierte Einheide", nicht aber für eine wirkliche Familie mit Kindern. Es genügt nicht, für die Baustatistik eine große Zahl von Wohnungen zu bauen, sondern wir müssen auch die Familienpolitik im Auge haben, denn auch hier ist die Größe der Wohnung mit entscheidend.

Bei der Gliederung des Wohnbaues sollte man einförmige Blöcke mit den zu kleinen Räumen vermeiden. Wir bauen Häuser nicht für ein paar Jahre, sondern für mehrere Menschenalter. Man sollte die Architekten mehr mitsprechen lassen und sie nicht zwingen, die Projekte kalt und nüchtern, fremd unserem Wesen und unserer Tradition zu erstellen.

Die Entwicklung auf dem Straßenbau ist als erfreulich zu bezeichnen. Mehr Rücksicht wäre allerdings auf das Geschäftsleben der Stadt zu nehmen. Vielleicht könnte man hier durch eine größere Konzentration der Arbeiten den Zeitraum der Absperrungen verkürzen.

Die Verwirklichung einer alten Forderung der Volkspartei nach Ausbau des Wiener Hafens beginnt sich langsam zu konkretisieren. Der Freudenaue Hafen wird im kommenden Jahr die erste größere Umgestaltung erfahren. Wir hoffen, daß der bescheidene Anfang im Jahre 1956 einen weiteren Auftrieb bringen wird.

Die weitere Fortsetzung der Grünflächenpolitik liegt uns ebenfalls wie schon bisher immer am Herzen, wie wir auch die weitere Entwicklung auf dem Gebiete des Gartenwesens als einen schönen Anfang begrüßen.

Wir wollen der nachfolgenden Generation ein Wien hinterlassen, auf das auch noch kommende Geschlechter stolz sein können. Wir wollen unserem Wien wieder das Antlitz, das Gepräge und das Leben einer völkerverbindenden Weltstadt geben, was sicherlich auf diesem neuralgischen Punkt der Welt von besonderer Bedeutung ist.

./.

Allen geistigen und materiellen Arbeiten aber, die an dem Werden und an der Formung des neuen Gesichtes unserer Heimatstadt Wien mitwirken, sei namens der Fraktion der ÖVP in tiefer Verbundenheit herzlicher Dank gesagt. In diesem Sinne wird die Volkspartei auch für die Ansätze dieses Kapitels stimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dipl.Ing. Witzmann (SPÖ) kommt auf die Ansicht zu sprechen, daß bei dem gegenwärtig hohen Bauvolumen in Österreich die Wohnungsnot im Verlauf von vier oder fünf Jahren behoben sein wird. Man vergißt dabei, daß vor allem in Wien noch viele tausende Menschen in Kellerwohnungen oder in nassen Wohnungen hausen und daß es noch hunderttausende Klein- und Kleinstwohnungen in den Proletariervierteln mit finsternen Küchen, langen Gängen, mit Sturzklosetts und der Wasserleitung auf dem Gange gibt. Gerade die Wohnbaukultur der Gemeinde Wien hat die Begehrlichkeit der Massen geweckt. Der Ruf nach neuen Wohnungen wird so lange nicht verstummen, bis der letzte Bewohner dieser Stadt eine menschenwürdige Wohnung sein eigen nennt. Die Gemeinde Wien wird also noch lange weiterbauen müssen, weil weiterhin das Wohnungsbedürfnis vorhanden sein wird.

Wie bereits angekündigt, soll in Wien eine Verlagerung vom kommunalen sozialen Wohnbau zum sozialen Wohnungsbau auf genossenschaftlicher Basis eintreten. Dadurch ist es der Gemeinde möglich, den Bau von viel mehr Wohnungen zu fördern. Viele Ehepaare, besonders wenn sie Doppelverdiener sind, sind bereit, für den Bau ihrer Wohnung etwas beizutragen. Wir werden gezwungen sein, in Zukunft bei der Vergebung von Gemeindewohnungen eine genauere Auslese zu treffen, denn es gibt in unserer Stadt noch viele andere Menschen, die auch für ihre Wohnung etwas beitragen könnten und nur nicht wollen. Der kommunale soziale Wohnungsbau der Stadt Wien muß in erster Linie den Schichten vorbehalten sein, die finanziell nicht in der Lage sind, ihr Scherflein zur Befriedigung ihres Wohnbedarfs beizutragen. (Stadtrat Bauer: Spät kommt ihr, doch ihr kommt!)

./.

Zur Frage der Baulandbeschaffung sagte der Redner, wer baut, braucht Boden. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Die Gemeinde Wien hat dafür Vorsorge getroffen, sie kauft laufend Gründe. Es ist aber nicht richtig, daß die Gemeinde nicht den genossenschaftlichen Wohnungsbau unterstützt, es ist nicht richtig, daß sie ein Grundmonopol haben möchte, die Gemeinde stellt vielmehr tausende und zehntausende Quadratmeter den Genossenschaften zur Verfügung. Es ist jedoch schwierig geworden, Grund und Boden zu bekommen. Deshalb ist es notwendig, daß immer wieder die Forderung nach einem neuen modernen Bodenbeschaffungsgesetz erhoben wird. Die Bestimmungen der Bauordnung genügen nicht.

Der Redner spricht dann über Verkehrsprobleme und untersucht verschiedene Möglichkeiten, die zu einer Besserung des Straßenverkehrs in der Neubaugasse, Mariahilfer Straße und in der Inneren Stadt führen können. In der Kärntner Straße wird ein generelles Parkverbot nicht zu umgehen sein. Sie wird vielleicht auch zur Einbahn erklärt werden müssen, wie überhaupt in der Inneren Stadt mehr Einbahnstraßen geschaffen werden müssen. Der Redner regt auch die Einführung von ausgesprochenen Fußgängerstraßen an und erwägt die Möglichkeit eines Parkverbotes in der gesamten Inneren Stadt.

Nicht nur ober der Erde, auch unter der Erde gibt es ein Verkehrsproblem. Die Kosten einer U-Bahn dürften 1.5 bis 2 Milliarden Schilling betragen. Bei einer Anleihe auf zwanzig Jahre müßten dafür jährlich 150 bis 200 Millionen Schilling Zinsen bezahlt werden. Das würde jedoch bedeuten, daß die Gemeinde gezwungen wäre, 2.000 Wohnungen weniger zu bauen. Abgesehen von der finanziellen Seite muß das Problem der U-Bahn in der Gesamtplanung von Wien betrachtet werden. Man wird daher daran gehen müssen, die besten Fachleute des In- und Auslandes nach Wien zu berufen, um die Probleme zu studieren.

Dipl.Ing. Witzmann beschäftigt sich weiter mit dem Problem der Winterarbeitslosigkeit, zu dessen Bekämpfung, wie er ausführt, die Gemeinde Wien verschiedene wertvolle Einrichtungen geschaffen hat.

Zum Abschluß seiner Ausführungen geht der Redner auf eine Äußerung von Vizebürgermeister Weinberger ein, der gesagt hat, daß Wien schon einmal eine Weltstadt gewesen ist. Dem hält Dipl.Ing. Witzmann entgegen, daß jedoch damals die Segnungen der Weltstadt auf eine dünne Schichte des Bürgertums beschränkt waren. //

Letzten Endes ist jedoch die Bedeutung Wiens nur dadurch möglich gewesen, daß die große Masse der Bevölkerung dieser Stadt in Unkultur lebte und darbt. (Beifall bei der SPÖ.) Unsere Weltstadt sieht anders aus. Sie ist die Stadt der Kindergärten und Horte, der Schulzahnkliniken, die Stadt der Ausgabe der Säuglingspakete, der Lehrlingsbeihilfen, der Grünflächen, sie ist die Stadt der sozialen Fürsorge, wie sie in der Welt bekanntgeworden ist. Und diese Stadt ist seit 1945 so geworden unter der Führung der Mehrheit dieses Hauses, der Sozialistischen Partei. Wer eine bessere Stadt baut, der baut auch eine bessere Gemeinschaft. Dieses Budget dokumentiert das soziale Gewissen der Stadt und gibt uns die Gewißheit, daß wir diesem unserem Ziel zur besseren Gemeinschaft näher kommen werden (Beifall bei den Sozialisten).

Stadtrat Thaller geht in seinem Schlußwort vorerst auf die vielfältige Kritik des GR. Maller ein. Zu dem geschilderten Bauehend in Wien und den schlechten Wohnungsverhältnissen ist zu sagen, daß die heutige Gemeindeverwaltung für diese Verhältnisse keine Verantwortung trage. Es sind dies Sünden der Vergangenheit, die heute mit viel Mühe gut gemacht werden müssen. Das aber braucht Zeit. GR. Maller lege diesen strengen Maßstab auch nur in unserer Stadt an, man müsse ihn daher daran erinnern, daß in Budapest das Bauprogramm in bedeutend geringerem Maße erfüllt wurde, als es vorgesehen war. Zu der Forderung nach Beseitigung der schlechten Wohnungen ist zu erwidern, daß die Stadtverwaltung bereits daran gegangen ist, schlechte Wohnungen niederzureißen oder für Wohnzwecke zu sperren. Immer mehr der schlechten Häuser werden abgetragen, besonders im heurigen Winter ist eine große Zahl von solchen Abtragungen vorgesehen. Das ständige Bauen wird sicherlich auch dem Problem der Obdachlosigkeit abhelfen. GR. Maller meinte auf der einen Seite, wir müssen große Wohnungen bauen, andererseits aber auch das Wohnungselend rasch beseitigen. Dazu ist zu sagen, daß die Planungen für familiengerechten Wohnungen Rechnung tragen. 25 Prozent aller gebauten Wohnungen sind Kleinstwohnungen für Alleinstehende oder für alte Ehepaare. Die Wohnungen für Alleinstehende sind durchschnittlich 25 m² groß, die für alte Ehepaare, bei denen keine Kindererwartung besteht haben 35 m² Wohnfläche. Für junge Ehepaare werden Wohnungen mit 44 m² gebaut, und zwar zu 30 Prozent

des Wohnbauprogramms. Darüber hinaus, also 45 Prozent, werden Wohnungen mit ein und zwei Kammern gebaut. Sie sind 57 und 68 m² groß. Es lohnt sich einen Vergleich mit Moskau anzustellen, den GR. Maller einmal gezogen hat. So machte GR. Maller damals darauf aufmerksam, daß in Moskau bei 6 Millionen Einwohnern 3,633.000 m² Wohnfläche gebaut wurden, die sich aus 113.000 Wohnungen zusammensetzen. Wenn man das nachrechnet, kommt auf eine Wohnung eine Wohnfläche von 32 m². (Hört, Hört-Rufe.) Die Gemeinde Wien hat jedoch seit 1945 41.000 Wohnungen zu bauen begonnen. Die durchschnittliche Wohnfläche dieser Wohnungen ist 47.5 m².

Die von GR. Maller erwähnte Schädigung der Stadtverwaltung bei Grundkäufen durch den Prinke-Verein ist größtenteils auf die feindselige Einstellung vieler Grundbesitzer unserer Stadt gegenüber zurückzuführen. Die Stadtverwaltung dränge daher auf ein Grundbeschaffungsgesetz, um den Boden auf eine leichtere Art, als dies heute der Fall ist, für die ordnungsgemäße Verbauung der Stadt bereitstellen zu können.

Zum Schnellbauprogramm ist zu sagen, daß es bereits eingestellt wurde. Die letzten dieser Wohnungen wurden vor einigen Monaten fertiggestellt. Stadtrat Thaller erklärt, auch er sei der Überzeugung, daß diese Wohnungen nicht allen Anforderungen entsprechen. Er habe aber schon wiederholt mitgeteilt, in dem Augenblick, in dem die ärgste Wohnungsnot in unserer Stadt beseitigt ist, werden diese Wohnungen zusammengelegt werden. Es wurde im Schnellbauprogramm nicht nur auf die schnellste Weise Wohnraum geschaffen, es wurden dort auch verschiedene Baumethoden und Baumaterialien ausprobiert. Viele dieser Baumethoden, die sich bewährt haben, werden heute übrigens überall angewendet.

Die Forderung nach Heranziehung von Frauenorganisationen bei der Planung der Wohnungen ist hinfällig, da dies bereits gehandhabt wird. Die Stadtverwaltung hat sich bereits mit größeren Frauenorganisationen in Verbindung gesetzt und schon wertvolle Anregungen bekommen. Im übrigen wird an der Verbesserung der Wohnungstypen ständig gearbeitet. Es hat sich während der letzten zwei Jahre manches bereits zum Besten geändert.

Das Problem der Einbaumöbel wurde studiert. Es muß aber berücksichtigt werden, daß das viel Geld kostet, das vorläufig für den Bau weiterer Wohnungen aufgewendet wird.

Die Dimensionen der Steigleitungen in den Gemeindebauten sind weitaus größer, als GR.Maller gesagt hat. In diesen Leitungen kann alles angeschlossen werden, was es heute an elektrischen Haushaltsgeräten gibt, mit Ausnahme der Speicher. Wenn jedoch jemand einen Speicher aufstellen will, braucht er lediglich in die vorhandenen Bergmannrohre eine stärkere Leitung einziehen lassen.

In der Frage des Reparaturfonds müsse man GR.Maller zustimmen. Der Reparaturfonds für die unter dem Mieterschutz stehenden Häuser ist auch eine Forderung der Sozialisten.

Zur Frage der Schulbauten habe bereits Stadtrat Resch Stellung genommen und erklärt, daß neue Schulen in jenen Gebieten gebaut werden, wo sie durch die Bevölkerungsverlagerung notwendig sind. Selbstverständlich werden dort, wo die Auflassung von Schulen nötig ist, die älteren Schulen aufgelassen. Jede wiederaufgebaute oder instandgesetzte Schule erhielt eine Reihe von modernsten Verbesserungen.

Wenn GR.Maller meinte, daß über die großen Planungen nicht gesprochen wurde, so dies deswegen, weil man ja nicht jeden Monat einmal über die großen Planungen der Stadt berichten kann. Der große Plan ist einmal geschaffen. Jetzt kommen die einzelnen Detailarbeiten daran, an denen ununterbrochen weitergearbeitet wird.

Die geforderte Unterführung der Erzherzog Karl-Straße in Sta. 1 au ist ein großes Problem, das nicht von heute auf morgen gelöst werden kann, und vielleicht auch noch gar nicht gelöst werden muß, da der Fuhrwerksverkehr dorthin noch nicht so groß ist. Außer, daß dieses Projekt zirka 40 Millionen Schilling kosten würde, müßten Häuser mit 50 Mietern niedergerissen und ein großer Betrieb seine Organisation vollkommen umstellen. Es soll jedoch durch den Bau eines Fußgängersteiges ein Ausweg geschaffen werden. Die Verhandlungen mit dem Bund wurden bereits aufgenommen.

Viel wurde auch zum Problem Heinrichshof gesprochen. Es gäbe jedoch gar kein Problem Heinrichshof, sondern lediglich das Problem Ringstraße. Die Ringstraße ist aber eine Straße und kein Platz.
./.

Aus diesem Grunde haben sich alle, denen das Bild unserer Stadt am Herzen liegt, dafür entschieden, dort keinen Platz zu schaffen und den Heinrichshof wieder aufzubauen. Wenn es im Interesse des Stadtbildes gelegen gewesen wäre, den Platz des Heinrichshofes nicht zu verbauen, hätte die Gemeinde Wien die Kosten nicht gescheut, die ihr daraus erwachsen wären. Der Fachbeirat hat in wiederholten Beratungen immer wieder die Verbauung des Platzes verlangt und sogar einen Vorschlag auf eine u-förmige Verbauung abgelehnt. Stadtrat Thaller gibt die Versicherung ab, daß ihm das Bild unserer Stadt mindestens ebenso am Herzen liege, wie jenen, die soviel Geschrei erhoben. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr GR. Maller hat an meine Anständigkeit appelliert. Ich habe damals auf Grund eines in der ganzen Welt verbreiteten Berichtes über den Bau des Palastes der Sowjets gesprochen. Später habe ich festgestellt, daß dieser Bericht unrichtig ist. Ich habe dies auch Kollegen Matejka gesagt und unumwunden zugegeben, daß es ein Irrtum war. Aber Herr GR. Maller möge nicht so kritisch dem, was die Gemeinde Wien auf diesem Gebiet macht, gegenüberstehen, denn wir bauen mehr, als in den Sowjetstaaten gebaut wird. Halten wir uns vor Augen, daß Österreich mit seinen 7 Millionen Einwohnern im Jahre 1953 40.000 Wohnungen gebaut hat. In der Tschechoslowakei mit ihren 12,6 Millionen Einwohnern hätten bei gleichem Verhältnis 72.000 Wohnungen gebaut werden müssen, es sind aber nur 40.000 gebaut worden, also um 32.000 weniger. In Ungarn mit seinen 9,4 Millionen Einwohnern hätten 53.000 Wohnungen gebaut werden müssen, es sind dort aber nur 16.000, also um 37.000 weniger gebaut worden; in Polen, das 26 Millionen Einwohner hat, hätten 148.000 Wohnungen gebaut werden müssen, es wurden aber nur 54.000 Wohnungen gebaut, also um 94.000 weniger und in Rumänien, das 16,3 Millionen Einwohner zählt, hätten 91.000 Wohnungen gebaut werden müssen, es sind dort aber gar nur 12.000, also um 79.000 Wohnungen weniger gebaut worden. So schaut also das Bauen in den Ländern aus, die Sie uns als Beispiel hinstellen. Ich glaube, wir Österreicher müssen uns dessen, was wir auf diesem Gebiet leisten nicht schämen.

Zu den Ausführungen des GR.Dr. Prutscher erklärt Redner:
Ich glaube, Sie können uns keinen Vorwurf machen, daß wir bei den Flächenwidmungen auf die Privaten und auf die Religionsgemeinschaften nicht gebührend Rücksicht nehmen. Wir haben in Wien eine ganze Reihe von Begehren der Erzdiözese nach Kirchenplatzwidmungen, und wir haben in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Kirchenplatzwidmungen vorgenommen. Aber diese Kirchen sind leider nicht gebaut worden. Daher habe ich den Auftrag gegeben, den nächsten Kirchenbauplatz erst dann zu widmen, wenn die Erzdiözese nachweist, daß sie die bereits genehmigten und gewidmeten Bauplätze auch für Kirchenbauten benützt. Ich bin sehr erfreut darüber, daß die Kirche in Wien neue, größere Kirchen bauen will, um die Notkirchen zu beseitigen. Aber wenn eine neue Kirche gebaut wird, muß ich verlangen, daß die Notkirche, die ersetzt werden soll, auch wirklich abgerissen wird. In der Per Albin Hansson-Siedlung kann ich den Platz nicht widmen, weil wir noch nicht wissen, in welcher Form diese Siedlung weitergebaut werden wird. Wir können uns dort auf Platzwidmungen überhaupt erst einlassen, bis die Müllschüttung beendet ist und wir die Proben des Grundes festgestellt haben.

Wenn GR.Dr. Prutscher die Erhöhung der Ansätze für Planungen verlangt, so kann ich darauf hinweisen, daß wir vom Stadtrat für Finanzen, wenn größere Planungen durchzuführen waren, immer die nötigen Mittel erhielten. Wir streben kein Monopol über Grund und Boden an. Was wir anstreben, ist die Möglichkeit der Beschaffung von Grund und Boden, wenn es für die Öffentlichkeit notwendig ist. Die Schwierigkeit liegt oftmals in dem Widerstand, den einzelne kleine Besitzer allen Großplanungen der Stadt Wien entgegensetzen. Wir wehren uns auch dagegen, daß Wien plötzlich eine Stadt von Hochhäusern wird. Das paßt in das Bild unserer Stadt gar nicht hinein. Wir werden daher Hochhäuser nur in sparsamstem Ausmaße bauen lassen oder selber bauen. Wir denken gar nicht daran, augenblicklich ein zweites Hochhaus zu bauen. Ich glaube nicht, daß das Haus der Städtischen Versicherung am Kai eine Verunzierung sein wird, sondern ich glaube, daß das eine gute Abwechslung in dem Einheitsbild der Inneren Stadt darstellen wird, weil es ein guter Blickfang ist.

./.

Ich freue mich, von einem Sprecher der Volkspartei das Einverständnis mit dem kommunalen, sozialen Wohnhausbau ganz offiziell bestätigt zu bekommen. Der Wunsch nach Verstärkung des Genossenschaftsbaues geht dabei ins Leere, denn wir haben ihn in ausreichendem Maße gefördert. Es sind auch im neuen Budget entsprechende Mittel dafür eingesetzt, und aus den Mitteln der Wohnbauförderung, die mit 1. Jänner einsetzen werden, wird auch der große Wunsch nach Förderung des Eigenheimbaues, den wir genau so wie den genossenschaftlichen Bau fördern wollen, erfüllt werden.

Wenn man die Reden der Gemeinderäte Maller und Dr. Prutscher hört, müßte man annehmen, daß alle Anregungen, auch hinsichtlich der größeren Wohnungen, von der Volksopposition oder der Volkspartei ausgehen. Aber dazu haben wir gar keine Anregungen gebraucht, dazu haben wir uns selbst entschlossen. Die Architekten haben genug Spielraum, nur können wir ihnen nicht zugestehen, daß sie ihre Versuche zu neuen Wohnungstypen an den Gemeindewohnungen machen. Wir haben uns auch schon überlegt, den Straßenbau in Zweischichtbetrieben zu führen, sind nur jetzt im Winter davon abgekommen. Möglicherweise werden wir auch bei der Untertunnellung der Opernkreuzung zum Zweischichtbetrieb übergehen. Was den Hafenausbau anlangt, ist es nach langen Verhandlungen endlich so weit, daß die beiden zuständigen Ministerien zum ersten Male Beträge hierfür in das Budget eingestellt haben, und wir hoffen, im nächsten Jahr ein schönes Stück Arbeit beim Hafenausbau leisten zu können.

Bei der Vergebung von Arbeiten halten wir uns im allgemeinen an die ÖNORM. Aber ich möchte Sie, meine Herren von der Volkspartei bitten, daß Sie beim Bund und beim Land Niederösterreich darauf dringen, daß auch dort die Vergebung der Arbeiten nach der ÖNORM und wirklich unparteiisch erfolgt.

Ich bin dem GR Dr. Prutscher außerordentlich dankbar für sein Bekenntnis zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Bauwesens, ebenso wie ich der Volksopposition dankbar bin, daß sie für das Kapital Bauwesen auch im heurigen Jahr wieder stimmen wird. Solange große Räume in unserer Stadt schlecht geordnet sind, werden wir planen und umbauen müssen, bis unsere Stadt so aussieht, wie wir sie uns wünschen. Ich glaube, daß wir mit den bis jetzt auf diesem Ge-

bierte errungenen Erfolgen alle zusammen stolz sein können. (Lobhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung wird den Ansätzen des sechsten Hauptstückes - Bauangelegenheiten - des ordentlichen Voranschlages einschließlich der dazu gehörigen Ansätze des außerordentlichen Voranschlages einstimmig die Zustimmung erteilt. Die vier von GR. Maller eingebrachten Resolutionsanträge werden gegen die Stimmen der Volksopposition abgelehnt.

- - -

Geschäftsgruppe VII: Baubehördliche und sonstige technische
=====
Angelegenheiten
=====

Hierauf gelangt in den späten Abendstunden die Gruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, zur Verhandlung.

Berichterstatter Stadtrat Lakowitsch (ÖVP) teilt mit, daß die neu abgegrenzte Verwaltungsgruppe mit Einnahmen von 31,1 Millionen und Ausgaben von 50 Millionen Schilling veranschlagt ist.

Die öffentliche Beleuchtung

Die öffentliche Beleuchtung wurde im ablaufenden Jahr um 4.500 neue Beleuchtungskörper vermehrt. Damit steigt die Gesamtzahl der Straßenlampen in Wien nach Ausscheiden der Randgemeinden auf mehr als 60.000, von denen immer noch 5.000 durch Gas betrieben sind. Im kommenden Jahr wird auch der Beleuchtung der Opernkreuzung ober- und unterirdisch und des Pratersterns mit den angrenzenden Gebieten ein besonderes Augenmerk gewidmet werden. Verbesserungen an den Hauptstraßenbeleuchtungen können infolge der äußerst knapp bemessenen Mittel nur in geringfügigem Ausmaß vorgenommen werden. Auch die Auflassung der noch vorhandenen Gasinseln im Wiener Stadtgebiet kann aus dem gleichen Grund nur im allerkleinsten Maß durchgeführt werden.

Die Tätigkeit der Baubehörde

In diesem Jahr wurden 1.149 Baubewilligungen für Neubauten erteilt, darunter 359 nach totalen Kriegsschaden. Dabei ist festzustellen, daß der Wiederaufbau von Ruinengründen in erhöhtem Maße auch die Grundstücke außerhalb des Gürtels erfaßt hat. Insgesamt wurden Baubewilligungen für 10.161 Wohnungen bewilligt, um fast ein Viertel mehr als im Vorjahr. Für 5.420 Wohnungen in Privathäusern konnten Benützungsbewilligungen erteilt werden, um 1.372 Wohnungen mehr als im Vorjahr.

Die Renovierung des Hausfassaden

In 11.473 Fällen mußte die Baubehörde an säumige Hauseigentümer Aufträge zur Behebung von Bauschäden erteilen. Hier ist erstmals seit Jahren ein Rückgang zu verzeichnen. Dies ist, wie der Stadtrat betont, darauf zurückzuführen, daß sich die erhöhten Mietzinse auf die Instandhaltung der Häuser günstig auswirken.

Seit dem Vorjahr werden im verstärkten Ausmaße die Hausfassaden instandgesetzt. Die Baupolizei sorgte dafür, daß diese Arbeiten in ansprechender und das Stadtbild nicht verunzierenden Form erfolgten. Neu hergerichtete alte Häuser in der Inneren Stadt weisen auch den Laien darauf hin, welche kunsthistorischen Schätze unsere Stadt besitzt. Dies gilt zum Beispiel für die schönen Barockfassaden des Apothekerhauses neben der Schottenkirche und des Hauses Graben Nr. 13, sowie die Biedermeierfassade der Ersten österreichischen Sparkasse.

Hochhäuser und Bürohäuser

Auf dem privaten Sektor wurde auch eine Anzahl bemerkenswerter Objekte fertiggestellt oder begonnen, die nicht Wohnzwecken dienen. Hier seien erwähnt das Gewerbehaus nächst der Beatrixgasse, große Bürohäuser Am Hof sowie am Schubert- und am Kärntner Ring, der Zubau der Hochschule für Welthandel und das Globus-Haus in der Brigittenau. Auch die Instandsetzung der drei Häuser gegenüber der Stephanskirche wurde begonnen. Es ist zu hoffen, daß auch die restlichen Kriegswunden in der Umgebung des Domes und in der Rotenturmstraße in absehbarer Zeit beseitigt werden.

Bemerkenswert ist die Tendenz, an allen möglichen Punkten der Stadt Hochhäuser errichten zu wollen. Derartige Projekte erfordern eine besonders sorgfältige Überlegung, um sowohl die vertraute historische Silhouette der Stadt nicht ungünstig zu beeinflussen, aber auch nicht die Nachbarschaft in ihren Ansprüchen auf Licht und Luft zu beeinträchtigen.

Derzeit hat Wien außer dem seit Jahrzehnten bestehenden Hochhaus in der Herrengasse noch das 70 m hohe Gebäude der Städtischen Versicherung am Schottenring, ein Wohnhaus am Praterstern mit 15 Stockwerken, ein Wohnhaus in der Mommsengasse mit 14 Stockwerken, je ein zehnstöckiges Wohnhaus an der Dominikanerbastei und in der Unteren Donaustraße sowie ein städtisches Wohnhaus mit 20 Stockwerken in Margareten nächst dem Matzleinsdorfer Platz in Bau.

Um die Beurteilung der städtebaulichen Wirkung von geplanten Bauprojekten, wie zum Beispiel Hochhausbauten, zu ermöglichen, wurden photogrammetrische Arbeiten durchgeführt, die auf Grund von exakten Konstruktionen eine größtmögliche Veranschaulichung des zu erwartenden Einflusses der geplanten Objekte auf das Stadtbild erbringen.

Im letzten Jahr wurden 834 Wohnungen wegen Bauauffälligkeit und 191 Wohnungen wegen sanitärer Übelstände geräumt. Einen besonders krassen Umfang wies die Zahl der Wohnungsbegutachtungen auf, da als sanitär ungeeignet erklärte Wohnungen das Anrecht auf einen Mietschein I geben. Begutachtet wurden 5.610 Fälle. Größere Bauunfälle sind nicht vorgekommen.

Schutz des Wiener Luft- und Lichtreservoirs

Nach wie vor bildet die Verhinderung des wilden Siedelns und Bauens eine vordringliche Aufgabe der Baupolizei. Leider kümmern sich noch immer viele Bewohner der Stadt nicht darum, ob ihr Bauvorhaben eine Genehmigung erhalten hat. Gerade nach Abtrennung der Randgemeinden werden wir alles daransetzen müssen, um der Stadt das nötige Luftreservoir zu erhalten. Jedes unbefugte Siedeln und Bauen im Wald- und Wiesengürtel wird mit allen Mitteln und ohne jede Rücksichtnahme hintangehalten werden müssen. Die Stadtverwaltung muß mit größter Sorgfalt darüber wachen, daß nichts geschieht, was das vorhandene Grünland auch nur im geringsten schmälern könnte.

Das Garagenproblem

Das Problem der Unterbringung von Kraftfahrzeugen wird immer schwieriger. Die Baupolizei ist gezwungen, dieser Tatsache bei der Erteilung von Baubewilligungen Rechnung zu tragen. Das wird ihr durch die noch geltende Reichsgaragen-Ordnung ermöglicht, durch die jedem Bauwerber aufgetragen werden kann, in einem bestimmten Ausmaß im Hause selbst oder in der nächsten Umgebung für Abstellplätze für Kraftfahrzeuge zu sorgen. Die Schaffung entsprechenden Raumes für Kraftfahrzeuge, die wohl jedermann als vordringlich anerkennt, ist nur ungeheuer schwer zu erreichen. Die deutsche Garagenordnung sollte durch ein zweckmäßiges österreichisches Gesetz ersetzt werden.

Auftriebstendenzen am Grundstückmarkt

Bei der Grundbeschaffung für das städtische Wohnbauprogramm hatte die Verwaltung gerade im vergangenen Jahr erhebliche Schwierigkeiten zu meistern, da starke Auftriebstendenzen auf dem Grundstückmarkt bemerkbar waren, die durch die Wohnbauförderung der öffentlichen Hand bedingt sind. Es mußte daher getrachtet werden, um überhaupt zum Zuge zu kommen, jedes Anbot möglichst umgehend zu behandeln. Durch die Belebung des Grundstückmarktes war es notwendig, auch fallweisen Preissteigerungstendenzen Rechnung zu tragen.

Die Friedhöfe

Durch die Abtrennung der Randgemeinden war es möglich, den organisatorischen Aufbau des Friedhofsbetriebes abzuschließen. 47 Friedhöfe und die Feuerhalle bleiben in der Verwaltung der Stadt Wien. 52 Friedhöfe liegen nun im niederösterreichischen Gebiet. 4 der 47 Wiener Friedhöfe sind sogenannte Hauptfriedhöfe, die alle Grabtypen aufweisen. Auf den übrigen, den sogenannten Wahlfriedhöfen, stehen nur ausgesuchte Grabstellen zu höheren Gebühren zur Verfügung. Es ist auch gelungen, das Aussehen der Friedhöfe wesentlich zu verbessern. Sämtliche kriegszerstörten und fehlenden Einfriedungen wurden wieder errichtet, die Wasserleitungsnetze instandgesetzt und ausgebaut und allein 1954 24.000

Quadratmeter Straßen instandgesetzt.

Die Friedhofsverwaltung kann nun in zunehmendem Maße ihr Augenmerk auf die Ausgestaltung und Verschönerung der Friedhöfe richten. Zu diesem Zweck wurden heuer zwei Millionen Schilling aufgewendet, dazu kamen größere Instandsetzungs- und Wiederaufbauarbeiten mit einem Kostenaufwand von 3,5 Millionen Schilling. Den Voranschlag 1954 wurden Gesamteinnahmen von 27 Millionen zu grundgelegt, denen Ausgaben von 28 Millionen gegenüberstehen. Es ist jedoch fraglich, ob die Gebarung der Friedhöfe weiterhin halbwegs im finanziellen Gleichgewicht zu halten sein wird. Noch sind sehr viele Arbeiten zu verrichten, und eine verantwortungsbewußte Gemeindeverwaltung muß sich mit den Gedanken vertraut machen, Zuschüsse zu leisten. Alle Maßnahmen der Stadtverwaltung werden jedoch nur dann sichtbaren Erfolg zeigen, wenn sich auch die Friedhofbesucher einer besseren Disziplin befleißigen.

38.400 Lenkerprüfungen in 11 Monaten

Die Tätigkeit der Magistratsabteilung 46, technische Verkehrsangelegenheiten, ist der Zunahme des Straßenverkehrs entsprechend gestiegen. Die Kraftfahrzeugprüfstelle ist derzeit durch die Zollherabsetzung für Personenautos bis zur Grenze ausgelastet. Die Zahl der in den ersten 11 Monaten dieses Jahres abgehaltenen Lenkerprüfungen beläuft sich auf 38.400. Stadtrat Lakowitsch beschäftigte sich in diesem Zusammenhang gleichfalls mit dem Verkehrsproblem. Zu den Zeiten der Verkehrsspitzen sind wir von einem Chaos nicht mehr weit entfernt. Während der Budgetdebatte im Vorjahr gab es in Wien 88.000 Kraftfahrzeuge, heuer sind es zur gleichen Zeit nahezu 110.000, was einer Zunahme von 25 Prozent entspricht. Der Referent erinnerte daran, daß er bereits im Vorjahr die Einführung radikaler Maßnahmen empfohlen hat, wie kompromißlose Bestimmung von Einbahnstraßen, Parkverbote und Respektierung der Fußgängerstreifen. Es ist jedoch lediglich gelungen, einen Zusatzkredit für die Herstellung von Fußgängerstreifen zu erreichen, die sich allerdings in zunehmenden Maße bewähren. Um wenigstens die vorhandenen Bestimmungen wirksam zu machen, ist die Durchsetzung ihrer Befolgung erforderlich. Die Polizei setze sich leider nicht mit dem gebührenden Nachdruck dafür ein, was vermehrte Unordnung im Verkehr bedingt.

Hoffentlich kommt es bald zu der von Bürgermeister Jonas erwähnten Einberufung einer Verkehrsenquete. Wenn sich die Stadtverwaltung nicht dazu entschließen kann, müssen wir damit rechnen, daß wir unmittelbar vor einem Verkehrschaos stehen.

Die städtischen Forste

Über das Stadtforstamt berichtete der Referent, daß die holzwirtschaftliche Nutzung der im Besitz der Gemeinde befindlichen Forste nicht nach den gleichen wirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden kann, wie bei anderen Forstbesitzern. Die Wienerwaldforste müssen - zum Schutz der Stadt vor klimatischen Änderungen - erhalten werden. Die Quellschutzforste haben ihre primäre Aufgabe, nämlich die Erhaltung der Quellen zu gewährleisten. Schlägerungen können daher nur soweit vorgenommen werden, als dies die erwähnten Aufgaben zulassen. Das hat selbstverständlich Auswirkungen auf die Rentabilität. Die Ausgaben sind für 1955 mit 4,8 Millionen angesetzt, die Einnahmen mit 3 Millionen.

In den Wienerwaldforsten wurden in den letzten elf Monaten 1954 ungefähr 135 Hektar aufgeforstet, in den Quellschutzgebieten 146 Hektar. Der Lainzer Tiergarten, dieses einmalige Naturschutzgebiet, wurde heuer von 151.000 Personen besucht.

Der Forstbesitz in der Lobau hat durch das Hochwasser ziemlich Schaden erlitten. Der Wildbestand leidet nach wie vor durch das unkontrollierbare Jagen einer Besatzungsmacht.

Stadtrat Lakowitsch gab auch seinen Besorgnis über das künftige Schicksal des österreichischen Waldes Ausdruck. Es sind drohende Anzeichen, wenn nach verhältnismäßig kurzen Regenfällen sofort Hochwasserschäden eintreten. Bedenklich ist es auch, wenn ein Aufruf, der zur Weihnachtszeit erlassen wurde, Tannen zu schützen, damit beantwortet wird, daß auf den Christbaummärkten 80 bis 90 Prozent Tannen zu finden sind. Gerade der Wiener Gemeinderat sollte das Forum sein, von dem die Forderungen nach Schutz des Waldes ausgehen (Beifall bei der ÖVP).

Abschließend dankte Stadtrat Lakowitsch seinen Mitarbeitern für die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit und ersuchte um Annahme des Voranschlages der Gruppe VII (Beifall bei der ÖVP).

./.

Die Debatte über die Gruppe Baubehörde

GR. Kronberger (VO) spricht zunächst über die Beleuchtung unserer Stadt. In der letzten Zeit wurden hier sicherlich Fortschritte gemacht. Am Stadtrand, vor allem jedoch in den Siedlungen bleibt aber noch viel zu tun übrig. Nur hier und da brenne dort eine spärliche Lampe.

Auch auf dem Gebiete der Stadtforste sind große Mißstände aufzuweisen. So stellte das Kontrollamt fest, daß die Planung und die Durchführung der Wohlfahrtsaufforstungen im Raume von Wien nicht fachgemäß erfolgte und mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden war. Ein Großteil der Pflanzen wurde zu überhöhten Preisen eingekauft. Vielfach wurden die Pflanzen auch nicht widmungsgemäß verwendet. Der Redner richtet die Frage an Stadtrat Lakowitsch, wieso derartige Mißstände vorkommen konnten und was zu ihrer Abstellung unternommen wurde.

Eine dringende Forderung sei auch die Bekämpfung der Baum- und Flurschäden in der Lobau, die eine große Gefährdung der Obstbestände der umliegenden Siedler bedeuten.

Der Redner nimmt sodann zum Verkehrsproblem unserer Stadt Stellung, das er als eines der brennendsten bezeichnet. Die Statistik zeige, daß es in unserem Stadtgebiet bereits mehr als hunderttausend angemeldete Fahrzeuge gibt. Mit der steigenden Zahl der Fahrzeuge steigt jedoch die Zahl der Unfälle. Den Fußgehern ist es oft lange Zeit nicht möglich, eine Straße zu überqueren. Viel Gefahr bringt der Verkehr besonders für die Kinder und alten Leute. Sicher kann nicht von heute auf morgen Abhilfe geschaffen werden. In diesem Zusammenhang wäre der Schaffung von Unterführungen und Fußgängertunnels sowie der Anbringung weiterer Verkehrsampeln bedeutendes Augenmerk zuzuwenden. In Gebieten, in denen es möglich ist, sollte man auch markierte Radfahrwege schaffen. Die Schaffung von Einbahnstraße wäre eine weitere Forderung. Zweckmäßig wären auch markierte Übergangswege für Fußgänger. Der Redner stellt die Frage, wie man sich in Zukunft das Parken beim Stadion vorstellt. Der Parkplatz reiche schon jetzt nicht mehr aus.

Es wäre zu erwägen, den zugeschütteten Ziegelteich, der als Grünanlage verwendet werden soll, als Parkplatz anzulegen. GR. Kronberger begrüßt es, daß nun endlich doch eine Verkehrs-enquete abgehalten werden soll, denn je früher auf diesen Gebiete eine Lösung getroffen wird, umso besser ist es.

Abschließend erklärt der Redner, seine Fraktion könne den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen, da sie die veranschlagten Beträge für den Neu- und Ausbau von Verkehrsanlagen zur Beseitigung des Verkehrschaos als unzureichend findet.

GR. Römer (ÖVP) stellt fest, daß die Mittel, die für diese Geschäftsgruppe für das kommende Jahr zur Verfügung gestellt wurden, beachtlich sind. Groß war auch die Zahl der Geschäftsstücke. Es waren 130.000, die von der Bau-, Feuer- und Gewerbe-polizei erledigt wurden. Er ist jedoch der Meinung, daß der Instanzenzug hier verkürzt werden könnte. Es ist dies eine Forderung seiner Partei im Sinne der Verwaltungsreform. Der Redner tritt für die Herabsetzung der Abgaben, wie z.B. der Kanal-einmündungsgebühr und der Gebühr für Einzelanschlüsse ein. Nach seiner Meinung würde eine derartige Gebührenherabsetzung und Verkürzung des Instanzenweges die Baufreudigkeit heben.

Die Baupolizisten müßten Praktiker par excellence sein. Mein Appell geht daher an die Verwaltung dieser Stadt: Stellen sie doch ausreichende Mittel für eine anständige Bezahlung dieser Menschen zur Verfügung. Und ich frage den Herrn Stadtrat: Was gedenkt man zu tun, um den Nachwuchs bei der Baupolizei zu sichern? Die städtische Prüf- und Versuchsanstalt ist in vollkommen unzu-länglichen Räumen untergebracht. Auch hier muß man die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, damit die Forschungs- und Prüfungs-arbeit in einer eigenen Halle vorgenommen werden kann.

Bei der Schätzung von Baugründen müssen die normalen Preise zugrunde gelegt werden. Man hat zwar auch gegenteilige Ansichten vertreten und mit ziemlicher Konsequenz verfochten, doch nach den Gerichtsverhandlungen haben die Gründe dann ein Vielfaches dessen gekostet, was bei vernünftiger Vereinbarung zuerst zu erzielen gewesen wäre. Beim Wiener kann man mit Konzilianz viel mehr erreichen, als wenn man sich stur auf die Gesetze beruft oder wenn er spürt, daß hier Enteignungswünsche herrschen.

Die nach der Abtrennung der Randgemeinden bei Wien verbleibenden Friedhöfe müssen in einen Zustand versetzt werden, der einer Groß- und Weltstadt würdig ist. Was sich auf diesem Gebiet manchmal abspielt, kann man wirklich nur als Skandal bezeichnen. Jedes Kulturvolk fühlt seinen Verstorbenen gegenüber eine Verpflichtung. Dieses Gefühl der Pietät darf auch von der Wiener Stadtverwaltung verlangt werden. Hier mit Mitteln zu sparen, wird von der Bevölkerung absolut nicht verstanden. Dazu gehört auch die Forderung unserer Bevölkerung nach Pflege der Kriegsgräber. Ein Teil der Ehrengräber der Gemeinde Wien ist in einem Zustand, der der Gemeinde auch nicht würdig ist. In der letzten Zeit mehren sich Beschwerden über Diebstähle und organisierten Raubzügen auf den Friedhöfen. Die Polizei erklärt, daß sie hier machtlos sei, weil ihr das Betreten der Friedhöfe verboten ist. Wir glauben, daß der Polizei zu jeder Zeit das Recht zustehen muß, gegen derartige Elemente einschreiten zu können. Hinsichtlich der städtischen Friedhofsgärtnerei und der Steinmetzwerkstätte erhebt die gewerbliche Wirtschaft die Forderung, sie nicht weiter auszubauen, sondern im Gegenteil einzuschränken. Gerade die Friedhofsgärtnerei zeigt, daß sich die Monopolstellung dieser Unternehmungen absolut nicht zugunsten der Bevölkerung auswirkt.

Die Verkehrsfragen, die Schaffung von Einbahnstraßen und von Parkplätzen, dürfen nicht einseitig und ortsbedingt gelöst werden. Die Mehrheitspartei habe sich der Forderung seiner Fraktion, Wien wieder zur Weltstadt zu machen, angeschlossen. Darüber freue sich die ÖVP. Damit habe die Mehrheitspartei auch die Verpflichtung übernommen, großzügig in der Planung und in der Bereitstellung der Mittel zu sein. Ein reibungsloser Verkehr würde mit der Verwirklichung der von seiner Fraktion gestellten Forderung nach dem Bau einer U-Bahn und Schnellbahn erreicht werden.

Mit der Ansicht des Stadtrates Thaller, daß er die Zustimmung zum Bau von neuen Kirchen erst dann geben könne, bis die Gotteshäuser, für die Baubewilligungen erteilt wurden, gebaut werden, könne man sich absolut nicht einverstanden erklären.

Jeder weiß, daß die Kirchen aller Konfessionen nicht über die für den Bau von Gotteshäusern notwendigen Mittel verfügen. Die Bevölkerung ist bereit, Opfer zu bringen. Aber in demselben Ausmaß, in dem die Bevölkerung bereit ist, Opfer zu bringen, müßte auch die Stadtverwaltung bereit sein, ein Scherflein beizutragen. Es läßt sich nicht alles nach rein kaufmännischen Grundsätzen abwägen. Es gibt auch manches, das die Stadtverwaltung dem religiösen und gläubigen Teil unserer Bevölkerung schuldig ist. Die Beistellung von Mitteln wird von unserer Fraktion als unabdingbare Forderung gestellt werden.

Seine Fraktion stelle auch den Antrag, die Mittel für den Ankauf von Grundstücken im Wiener Wald- und Wiesengürtel bereitzustellen, damit dort nicht wild gebaut wird und Wiens grüne Lunge erhalten bleibt. Redner bittet auch um die Bereitstellung der notwendigen Mittel, um Wien wirklich zu einer Lichtstadt zu machen. Dabei müßten auch die nicht zentral gelegenen Gegenden berücksichtigt werden.

Redner dankt den in dieser Verwaltungsgruppe Beschäftigten und gibt namens der Volkspartei die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Gruppe (Beifall bei der ÖVP).

GR. Pleyl (SPÖ) erkennt an, daß in den vergangenen Jahren auch in dieser Geschäftsgruppe vieles und Positives geleistet wurde. Der Finanzreferent dieser Stadt bemühe sich ebenso wie auf allen übrigen Gebieten auch hier, die Ansätze so zu gestalten, daß es in jedem Bereich vorwärts geht.

Der Redner begrüßt es, daß derzeit in Wien immer mehr Häuser renoviert werden und daß im Straßenbild schon eine wesentliche Besserung eingetreten ist. Auch in Wien wolle man versuchen, den Hochhausbau zu forcieren, um der Stadt ein neues und anderes Antlitz zu geben. Mit den großen Instandsetzungen der beiden letzten Jahre auf dem Stephansplatz werde in Kürze auch dieses Problem seine Erledigung finden.

Wenn die Baupolizei eine Wohnung als unbewohnbar oder gesundheitsschädlich bezeichnet, müsse strenge darauf geachtet werden, daß der unbewohnbare Raum nicht mehr zu Wohnungszwecken vermietet werde. Derzeit bewohne diese Räume oft schon nach ganz kurzer Zeit wieder ein Mieter, den dann wieder die Gemeinde Wien versorgen müsse.

Auch die Sozialisten wenden sich gegen das wilde Bauen. Erfreulicherweise ist es der Baupolizei gelungen, heuer in 660 Fällen die Bautätigkeit einzustellen. Dadurch sind der Gemeindeverwaltung große Summen für spätere eventuelle Räumungen erspart geblieben.

Die Ansätze für die öffentliche Beleuchtung sind im kommenden Jahr um 1 Million Schilling höher veranschlagt. Die Halbnachtbeleuchtung funktioniert nun wieder so wie vor 1934. Wien ist wiederum gut beleuchtet, und damit sind viele Gefahrenmomente gebannt.

Auch für die Friedhöfe hat die Gemeindeverwaltung sehr viel geleistet. Hier werden im kommenden Jahr wieder 3 Millionen Schilling mehr ausgeworfen. Wesentliches ist auch bei den Ehrengräbern am Zentralfriedhof geschehen. Die Friedhöfe tragen heute schon ein ganz anderes Antlitz als noch vor einigen Jahren.

Die Stadtforste haben eine große und schwere Aufgabe zu erfüllen, weil sie den Wienerwald und die Quellschutzwälder beaufsichtigen und betreuen. Die Aufforstung ist insbesondere am Laaer Berg danebengegangen. Bei mehr Sorgfalt in Bezug auf die Betreuung dieser jungen Pflanzen hätte wohl größerer Schaden vermieden werden können.

Abschließend dankt der Redner namens seiner Fraktion den Mitgliedern des zuständigen Gemeinderatsausschusses und den Arbeitern und Angestellten dieser Verwaltungsgruppe für die aufopfernde Arbeit, die sie erfüllt haben. Die SPÖ werde den Ansätzen dieser Gruppe die Zustimmung geben, weil sie glaube, auch damit dem Volke von Wien zu dienen. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Jakowitsch (ÖVP) erklärt in seinem Schlußwort zu der Kritik des Kontrollamtes bezüglich der Stadtforste: Das Kontrollamt wurde mehrmals in Anspruch genommen, um Feststellungen zu treffen, ob die Führung der Stadtforste nach wirtschaftlichen und auch nach sachlichen Gesichtspunkten so erfolgt, wie es einer verantwortungsbewußten Führung entspricht. Die Berichte des Kontrollamtes kommen leider zu einer gegenteiligen Feststellung. Man wird daher für den sehr schwierigen Posten des Forstdirektors wohl einen geeigneten Mann finden müssen, der allen Anforderungen entspricht.

Zu den in der Debatte aufgeworfenen Verkehrsfragen betont der Referent, daß die Pariser Regelung, die weder den Kraftfahrer noch den Fußgänger durch gesetzliche Verpflichtungen einenge, beispielgebend sein könnte. Durch die Spruchpraxis der Gerichte werde dort bei einem Unfall innerhalb des Fußgängerstreifens fast immer der Kraftwagenlenker zur Verantwortung gezogen. Eine große Anzahl von Verkehrsregelungen ist nach der Ansicht des Stadtrates nicht geeignet, den Verkehrsfluß zu beschleunigen, sondern trägt eher dazu bei, ihn zu verlangsamen. Auch die Anzahl der Verkehrsunfälle würde dadurch nicht wesentlich herabgesetzt. Eine wohldurchdachte Verkehrsplanung und Selbstdisziplin aller Verkehrsteilnehmer sei hier von großer Bedeutung.

Der Wunsch nach Beseitigung störender Lichtreklamen hat eine gewisse Berechtigung, nur sind bisher sehr wenige Verkehrsunfälle dadurch entstanden, daß der Lenker die Reklame für ein Verkehrszeichen gehalten hat.

Was die Parkplätze beim Stadion betrifft, so sind nach der derzeitigen Rechtslage die ein Bauwerk Aufführenden auch verpflichtet, dafür zu sorgen, daß eine entsprechende Zahl von Parkplätzen beigelegt wird. Die Parkplätze beim Stadion haben ein großes Ausmaß. Eine weitere Planung wird erst nach dem Ausbau möglich sein.

GR. Römer hat bei der Baupolizei gewisse Vorschriften bemängelt, die das Bauen erschweren und den langsamen Instanzenweg kritisiert. Man wird dem unter der Voraussetzung Rechnung tragen, daß keine Beeinträchtigung der Sicherheit eintritt. Mit dem Nachwuchs bei der Baupolizei ist es allerdings leider nicht sehr gut bestellt. Ein solcher Beamter übernimmt eine große Verantwortung, sodaß es nicht überaus verlockend ist, diese Tätigkeit aufzunehmen.

Ich weiß, betonte der Referent, daß die Friedhöfe noch immer zu manchen Klagen Anlaß geben. Es ist aber leider so, daß wie schon erwähnt, die Mittel zur Verschönerung der Friedhöfe nicht ausreichen. Die Betreuung der Kriegsgräber obliegt ausschließlich dem Bund, der 1955 für diese Zwecke 203.000 Schilling vorgesehen hat.

Dazu kommen 190.000 Schilling aus den Mitteln der Stadt Wien und außerdem eine gewisse Betreuung aus den Mitteln des Schwarzen Kreuzes. Die Instandsetzung und Pflege der Ehrengräber wiederum ist Sache der Geschäftsgruppe Kultur und Volksbildung. Die diesbezüglichen Wünsche werde er, sagte Stadtrat Lakowitsch, an Stadtrat Mandl weiterleiten. Die Diebstähle auf den Friedhöfen nehmen weiterhin zu statt ab. Es wird wahrscheinlich nichts anderes übrig bleiben, als die Polizei zu einem Streifendienst heranzuziehen.

Die Friedhofsordnung ist in Ausarbeitung

Die Tätigkeit der Friedhofsgärtnerei soll unter den gleichen Voraussetzungen erfolgen, wie sie anderen Gärtnereien gegeben sind. Man sollte ihr keine Bevorzugung einräumen.

Die mahnenden Tafeln auf der Ringstraße stellen einen Versuch dar, der auf Wunsch des Bürgermeisters durchgeführt wurde. Ich glaube nur, meinte der Referent, daß der Erfolg nicht so groß sein wird, wie man es gerne hätte.

Zu den Ausführungen von GR. Pleyl über die Baupolizei bemerkt Stadtrat Lakowitsch schließlich, es sei nicht so leicht zu verhindern, daß Wohnungen, die als unbewohnbar erklärt wurden, nach der Räumung wirklich nicht mehr bezogen werden. Die Baupolizei erfährt von diesen Dingen oft erst, wenn etwas geschieht, oder eine Anzeige gemacht wird. Die Baupolizei verfügt ja über kein Korps, das auf den Straßen herumgeht.

Bei der öffentlichen Beleuchtung wäre etwas mehr Geld bestimmt kein Schaden, um Wien in ein "besseres Licht" zu setzen.

Abschließend ersuchte der Referent um die Annahme seines Kapitels.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VII. Hauptstückes ohne die Stimmen der VO angenommen.

Der Vorsitzende GR. Mazur unterbricht um 21.45 Uhr die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Dienstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung des Kapitels VIII "Öffentliche Einrichtungen" fortgesetzt. Berichterstatter ist Stadtrat Koci.